

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



■ Gründungsaufruf für eine Europäische Linkspartei S. 3

■ Elite-Universitäten: Masse zahlt Klasse S. 5 ■

Iranische Opposition: Verpflichtung auf Menschenrechte unabdingbar S. 6 ■ ■ Kriegskonferenz in München – Die Themen S. 12 ■ Gutachten

über verschwundene Betriebsräte bei Mercedes Argentinien: Kritische Aktionäre protestieren S. 15

■ Programmdiskussion in der SPD: Drohender Verlust der Öffentlichkeit S. 18 ■



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Züllicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Züllicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 . Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60, Sozialabo: 46,80. Ausland: +6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

ARMUT. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen in Deutschland, die in Armut leben müssen, wird in den nächsten zwei Jahren um 500.000 auf 1,5 Millionen ansteigen. Das sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider. Eine Studie seines Verbandes belege, dass diese Steigerung mit der jetzt amtlich gewordenen Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) eintrete. Durch die Leistungskürzungen bei der Zusammenlegung zum 1. Juli wächst laut Schneider die Zahl der Menschen, die Auszahlungen auf dem Niveau der Sozialhilfe beziehen, von derzeit 2,8 Millionen auf 4,5 Millionen. Das sei der höchste Stand seit Kriegsende. Besonders hart treffe es dabei die Kinder. So werde jedes zehnte Kind in Deutschland unter die Armutschwelle fallen, sagte Schneider. Bisher sei es jedes 15. Kind. Allein in der Bundeshauptstadt Berlin fristeten jetzt schon fast 100.000 Kinder ihr Dasein in Armut. In Deutschland gelte wissenschaftlich als arm, wer fünfzig Prozent unterhalb des unteren durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens liege. „Wir definieren Armut seit zwei Jahren anders. Wer unter dem gesellschaftlichen Mindestbedarf liegt, ist arm“, sagte Schneider. Seit 1990 sei der Sozialhilfesatz nicht an den realen Lebenshaltungskosten angepasst worden. Inzwischen liege er sechs Prozent unter dem gesellschaftlichen Mindestbedarf.

NEWROZ 2004. Yek-Kom, die Föderation Kurdischer Vereine in der BRD ruft dazu auf, an Delegationen zu Newroz (21.3.2004) und zu den Kommunalwahlen (28.3.2004) in der Türkei/Kurdistan teil zu nehmen. Yek-Kom schreibt: „Wie auch Ihnen bekannt ist, feiern die Völker des Mittleren Ostens am 21. März das Newroz-Fest. Für die Kurden ist dieser Tag verbunden mit der Hoffnung auf Frieden und Anerkennung der kurdischen Identität, Kultur und Sprache. Jedoch wurden die Newrozfeierlichkeiten in der Türkei in der Vergangenheit regelmäßig durch polizeiliche und militärische Angriffe überschattet, bei denen zahlreiche Menschen getötet und verletzt wurden. Schon Anfang der 90er Jahre hat sich gezeigt, dass die Anwesenheit von Delegationen Repressionen vermindern konnte.“

Im kommenden Jahr finden eine Woche nach dem Newrozfest Kommunalwahlen in der Türkei statt. Da die türkische Regierung nach dem Verbot der prokurdischen Partei HADEP jetzt auch nach Möglichkeiten einer Schließung ihrer Nachfolgepartei DEHAP sucht, ist eine Wahlbeobachtung, besonders in den kurdischen Provinzen von großer Wichtigkeit.

Dem Aufruf der DEHAP (Demokratischen Volkspartei) und des Menschenrechtsvereins, IHD, folgend, bitten wir Sie um Ihre Teilnahme an einer Delegation zur Wahlbeobachtung und/oder zu Newroz. Neben dem Besuch historischer Stätten gibt es die Möglichkeit, sich im Gespräch mit Vertretern der dortigen Menschenrechtsvereine, Parteien und Organisationen vor Ort ein Bild über die Situation in der Türkei/Kurdistan und den dortigen Demokratisierungsprozess zu verschaffen.

Wir möchten Sie dazu aufrufen, einen Beitrag zur Demokratisierung in der Türkei und in Kurdistan zu leisten und an einer Delegation teilzunehmen. Telefonisch sind wir täglich unter der Rufnummer 0211-1711453 zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen, YEK-KOM Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland e.V.

BEHINDERTE IM ARBEITSLEBEN.

Zum Entwurf zur Novellierung des Sozialgesetzbuches IX (SGB IX), das die Gleichstellung behinderter Menschen regelt, sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer am 12. Januar in Berlin:

„Von 101.000 Behinderten in der Erstausbildung haben lediglich 9.000 einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Alle anderen müssen in außerbetrieblichen Einrichtungen ausgebildet werden. Diese Situation kann nur durch eine durchsetzbare Verpflichtung der Arbeitgeber, behinderte Jugendliche auszubilden, verbessert werden.“

Darüber hinaus bleiben die Möglichkeiten der Schwerbehindertenvertretung und des Betriebsrates zu schwach, Vereinbarungen im Betrieb durchzusetzen, die verbindliche Rahmenregeln für die Beschäftigung und Ausbildung behinderter Menschen festschreiben. Es fehlen Entscheidungsmechanismen für die Fälle, in denen die Sozialpartner nicht zu einer einvernehmlichen Lösung gelangen.

Angesichts von 400.000 Fällen im Jahr, in denen aus gesundheitlichen Gründen ein Arbeitsverhältnis beendet wird, muss es eine striktere Verpflichtung der Arbeitgeber geben, solche Kündigungen durch Rehabilitation und Anpassung der Arbeit zu vermeiden. Bisher ist nur die Verpflichtung vorgesehen, solche Möglichkeiten in jedem Fall zu klären. Es gibt jedoch keine Verpflichtung, einen Rehabilitationsplan auch durchzuführen.

Der besondere Kündigungsschutz für Schwerbehinderte muss erhalten bleiben. Geplant ist, die Zustimmung zur Kündigung bei Massenentlassungen und Insolvenzen einfach zu unterstellen, wenn das für die Zustimmung zuständige Amt binnen Monatsfrist nicht entschieden hat. Damit könnten Behinderte vor verfrühten und unnötigen Entlassungen nicht mehr geschützt werden.

Die Beteiligungsrechte der Schwerbehindertenvertretung werden von Arbeitgebern oft nicht respektiert. Die Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung an personellen Einzelmaßnahmen muss deswegen sichergestellt werden.“

Politische Berichte im Internet: www.gnn-archiv.staticip.de

Elf europäische Parteien beschließen Gründungsauftrag für eine Europäische Linkspartei

19 europäische Parteien hatten am 10./11. Januar Delegationen zum Initiativtreffen in Berlin für die Gründung einer Europäischen Linkspartei entsandt. Elf statt der anfänglich nur sieben unterzeichneten schließlich den unten dokumentierten Gründungsauftrag, darunter, was einige Teilnehmer aus besonders wichtig erachteten, vier Parteien aus osteuropäischen Ländern, die am 1. Mai der EU beitreten. Die acht Parteien, die den Aufruf nicht unterzeichneten, nehmen am Gründungsprozess erst einmal als Beobachter teil.

Die Gründung der Europäischen Linkspartei soll auf einem Kongress im April vollzogen werden. Der PDS-Vorsitzende Bisky legte in seiner einleitenden Rede dar, welche Ziele die PDS mit diesem Schritt verbindet: „Die Genossinnen und Genossen der PDS sind der Auffassung, dass die europäische Linke mehr sein soll als ein loser Dachverband, gerade weil eine Partei der europäischen Linken offen sein wird für unterschiedliche Arbeitsformen und demokratische Kooperation. Wir wollen uns nicht absondern, sondern öffnen für den Anderen in West, Ost, Süd- und Nordeuropa. Wir versprechen uns bessere Ergebnisse der Analyse des modernen Kapitalismus und der Alternativen der Linken, wenn wir gemeinsam daran arbeiten. Die Partei der europäischen Linken wird leben in den politischen und sozialen Bewegungen oder sie wird nicht leben. Nicht Parteibürokratie und Parteidiplomatie, sondern Eingreifen in die Politik, politische Veränderungen im Alltags der Menschen – das ist unser Ziel. Die Antwort, welches Europa will die Linke, wird überzeugender, wenn wir die Art zu antworten unter uns vorleben.“

Über diese weitreichenden Entscheidungen wollen wir beraten – anhand der Vorschläge für ein Programm, ein Statut und anhand des Aufrufes zur Gründung der Partei der europäischen Linken.

(...)

Die PDS ist entschlossen, ihren Beitrag zur Gründung der Partei der europäischen Linken zu leisten. Es ist sinnvoll und klug, vor den Europawahlen – die wir mit großer Kraft, mit Verstand, klugen Ideen und konkreten Aktionen vorbereiten, im Prozess der Gründung einer europäischen Linkspartei weit voranzukommen. In den Wahlen zum europäischen Parlament könnten wir uns auf neue Weise gegenseitig unterstützen.

Unser Vorschlag ist: Jetzt zu beginnen – Wir wollen und müssen aber offen bleiben, für alle, die sich nicht, noch nicht, oder nicht so ent-

scheiden. Wir wollen Argumente austauschen, uns zuhören, ernst nehmen und uns als verlässliche Partnerinnen und Partner erleben.

Die Linke in Europa steht vor einer historischen Entscheidung.

Nutzen wir das Berliner Treffen als europäischen Ort für eine neuartige Zusammenarbeit der Linken. Deshalb kann ich auch aus nördlichen Breitengraden uns zurufen: Hic Rhodos – hic salta!“

Über den Programm-Entwurf wurde dem Vernehmen nach bereits Einigung erzielt, über das Statut besteht weiterer Beratungsbedarf. Die Parteien sagten sich für den Europawahlkampf z.B. Austausch von Rednern; zu erwarten ist eine gemeinsame Wahlplattform. scc

Miteinander für ein anderes Europa – demokratisch, sozial, ökologisch, feministisch, friedlich

Berliner Aufruf zur Gründung der Partei der Europäischen Linken

In Europa und in der Welt verstärkt sich der Widerstand gegen Kriege, Zerstörung des Sozialen, Aufrüstung und Marktradikalität. Wir europäischen Linken sind Teil der Bewegungen für eine andere Politik. Wir sind davon überzeugt: Eine andere Welt, ein anderes Europa ist möglich: demokratisch, sozial, ökologisch, feministisch, friedlich – ein Europa der Solidarität.

Die Zeit ist reif für eine Partei der Europäischen Linken. Wir wollen sie noch vor den Europawahlen 2004 gründen.

Das andere Europa

■ Nach dem Ende des kalten Krieges ist der heiße Krieg zurückgekehrt. Neben der Nato militarisiert sich die Europäische Union. Starke Kräfte in Europa fordern ihren Anteil an der imperialen Neuaufteilung der Welt. Die USA versuchen,

Europa in ihre Weltherrschaftspläne einzubinden. Das ist nicht unser Weg. Wir wollen frei sein von Massenvernichtungswaffen vom Atlantik bis zum Ural; wir wollen ein Europa der kollektiven Sicherheit ohne NATO und ohne ein Militärbündnis EU. Es soll sich auszeichnen mit Initiativen für Abrüstung, Entwicklung, Partnerschaft und die Stärkung des internationalen Rechts.

■ Auch auf unserem Kontinent wird die Kluft zwischen arm und reich tiefer. Millionen Menschen sind erwerbslos oder prekär beschäftigt. Soziale Sicherheit wird zerstört, Daseinsvorsorge privatisiert. Das ist nicht unser Weg. Wir wollen Solidarität, soziale Rechte und eine Umverteilung von oben nach unten, von den Reichen zu den Armen. Angesichts von Rezession und wachsender Arbeitslosigkeit müssen die Orientierungen des Stabilitätspaktes und der Europäischen Zentralbank in Frage gestellt, muss eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik durchgeführt, müssen soziale Prioritäten für Vollbeschäftigung und Ausbildung, für öffentliche Dienstleistungen und mutige Investitionen, darunter in die Umwelt, gesetzt werden. Eine Besteuerung der Kapitalflüsse ist einzuführen. Andere Prioritäten müssen her, bei denen der Mensch und nicht das Geld im Vordergrund steht.

■ In EU-Europa haben Ministerrat und Kommission viel Macht. Sie entscheiden hinter verschlossenen Türen unter dem Einfluss von Lobbyisten und Privatinteressen. Auf nationaler Ebene verlieren die Parlamente an Einfluss. Bürgerinnen und Bürger haben weniger zu sagen. Das politische System steuert auf eine Legitimationskrise zu. Das ist nicht unser Weg. Wir wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern Transparenz, neue Formen der Demokratie, Mitgestaltung, mehr Macht für die nationalen Parlamente und für das Europäische Parlament.

■ Europa ist dabei, eine Festung zu werden. Im Namen des „Kampfes gegen den Terrorismus“ werden dabei auch Menschen- und Bürgerrechte bedroht und eingeschränkt. Das ist nicht unser Weg. Wir wollen ein weltoffenes Europa der Menschen- und Bürgerrechte. Es soll Verfolgten Asyl gewähren.

■ Europa strebt nach wirtschaftlicher Dominanz. Es führt Handelskriege. Seine Geld-, Finanz- und Handelspolitik treffen besonders die Schwellen- und Entwicklungsländer. Das ist nicht unser Weg. Eingedenk der blutigen Kolonialgeschichte wollen wir mutige Initiativen



für Entwicklung, für gerechte wirtschaftliche und politische Partnerschaft ergreifen.

■ Die Vielfalt der Kultur und Lebensweisen machen Europa zu einem vitalen Kontinent. Doch sie sind in Gefahr, eingeengt zu werden. Die Konzentration der Massenmedien in den Händen Weniger gefährdet die Pluralität der Meinungen. Informationen, Kultur, Bildung werden zu Waren. Das ist nicht unser Weg. Wir wollen kulturelle Vielfalt, Wissen, Information für alle Bürgerinnen und Bürger.

■ Europa ist einer der wesentlichen Versacher der globalen Umweltprobleme – durch hohen CO₂-Ausstoß, Export von Müll, Ausbeutung von Energiereserven und Wäldern weltweit. Das ist nicht unser Weg. Wir wollen ökologisch verantwortlich

■ In den letzten Jahrzehnten wurden Fortschritte in der Gleichstellung der Geschlechter und Antidiskriminierung erzielt. Heute werden sie durch die neoliberale Politik der Deregulierung der Arbeitsmärkte besonders gefährdet. Das ist nicht unser Weg. Wir wollen Diskriminierungen überwinden, tatsächlich und dauerhaft gleiche Rechte für Männer und Frauen.

Die Partei der Europäischen Linken

Die Partei der Europäischen Linken will nicht nur nach außen, sie will auch nach innen eine Alternative zur herrschenden Politik in Europa sein. Miteinander wollen wir transparent, demokratisch und gleichberechtigt handeln. Gemeinsam wollen wir überzeugender und politisch durchsetzungsfähiger werden. Wir wissen: Diesen Reichtum können wir nur gewinnen, wenn wir unsere eigenen sozialen und geschichtlichen Erfahrungen, Sichtweisen, Traditionen, Kulturen wahren, erneuern und zusammenwachsen lassen.

Bei Achtung der vollen Selbstständigkeit, Souveränität und Eigenverantwortung aller beteiligten Partnerinnen und Partner sind unser Verhältnis und unsere Zusammenarbeit geprägt von Offenheit, Respekt, Akzeptanz und Toleranz. Im Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns steht der Mensch, nicht Profit und Macht. Europa ist unser gemeinsamer Handlungsraum.

Wir wollen die Profitdominanz in Frage stellen und die Herrschaft des Kapitalismus überwinden. Wir wollen eine andere Kultur des Lebens, Arbeitens, Produzierens und der Verteilung. Wir beziehen uns auf den Kampf für den Frieden, auf Antifaschismus, Antirassismus, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Feminismus, Ökologie.

Wir beginnen jetzt und laden ein, diesen ersten Schritt gemeinsam zu gehen. Wir werden offen bleiben für alle, die sich noch nicht oder anders entscheiden. Wir haben eine tiefe Wertschätzung für vielfältige Formen der Zusammenarbeit. Wir werden sie praktizieren, damit unser

Kontinent demokratisch, sozial, nachhaltig und friedlich wird.

- Estnische Sozialdemokratische Arbeiterpartei
- Französische Kommunistische Partei
- Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie (SYNASPISMOS – Griechenland)
- Partei der kommunistischen Wiedergründung (PRC – Italien)
- Die Linke (Luxemburg)
- Kommunistische Partei Österreichs
- Kommunistische Partei der Slowakei
- Vereinigte Linke (Spanien)
- Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (Tschechische Republik)
- Partei des Demokratischen Sozialismus (Tschechische Republik)
- Partei des Demokratischen Sozialismus (BRD)

Berlin, 11. Januar 2004

Klasse macht Kasse

Zur Steuerwirkung der Steuermodelle

Die Differenzen, die zwischen der CDU und der CSU in der Steuerfrage bestehen, sind nicht bedeutungslos. Merz sucht das Bündnis mit der FDP. Stoiber blickt auf breitere Mehrheiten. Merz erhofft sich von einer wuchtigen Verschiebung öffentlicher Einnahmen an die Privaten einen Investitionsschub. Die CSU will, dass der Staat investitionsfähig bleibt. Irgendwie werden sich die Unionsparteien schon treffen, und es ist auch schon klar, wo: Die Investitionen der öffentlichen Hand im Sozialbereich werden heruntergefahren. Die Ersparnis kommt teils den Privaten in Form von Steuererleichterungen zu Gute, teils vermittelt

über industriefreundliche Investitionen der öffentlichen Hand. Obwohl also eine Verständigung ansteht, zeigt ein Blick auf die Steuermodelle doch erhebliche Unterschiede des Gesellschaftsmodells.

Steuern haben nämlich stets eine Steuerungswirkung. Die Wirtschaftssubjekte, die von der Steuer getroffen werden, berücksichtigen in ihren Erwerbsstrategien die Wirkung der Steuer. Handgreiflich z.B. die Pendlerpauschale. Sie bewirkt, dass die Trennung von Wohnsitz und Arbeitsort lukrativ bleibt. Sozialisation im ländlichen Raum, Arbeitsplatz im Ballungsraum, das ist eine wichtige Zutat des konservativen Erfolgsrezeptes in Bayern. Wenn aber städtische Regionen von Wegzug und Leerstand bedroht sind, mag der Wegfall der Pendlerpauschale zum Umzug in den Ballungsraum reizen.

Neben solchen handfesten Einflüssen gibt es auch verdeckt wirkende. Gibt es einen Wirkungsunterschied zwischen der durchgehenden Progression, die zur Zeit geltendes Recht ist und von der CSU (bei Absenkung des Spitzensteuersatzes) beibehalten würde, und dem Vier-Klassen-Modell der CSU?

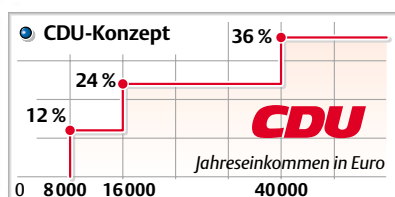
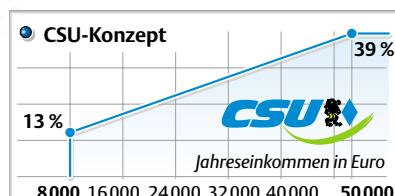
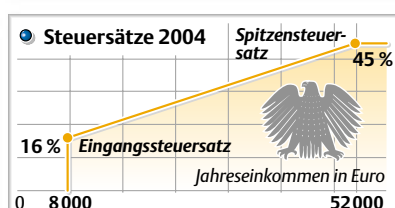
Wie würde das Vier-Klassen-Modell auf individuell geführte Gehaltsbesprechungen wirken? Solange innerhalb einer Klasse verhandelt wird, bleibt der Ertrag beim Nettogehalt proportional zur Kostensteigerung für den Arbeitgeber. Der Verhandlungswiderstand der Arbeitgeberseite wird sich also im Bereich des Übergangs verhärten, der Forderungsnachdruck hingegen nachlassen.

Darüber hinaus würde dem Stufenmodell auch eine klassifizierte Selbsteinschätzung folgen.

Bis 8.000 Euro werden Aushilfs- und Teilzeitarbeitern vorliegen. Bis 16.000 Euro: Vollzeit im Niedriglohnbereich: Bis 40.000 Euro: Facharbeiter und Angestellte. Darüber Leitende. Die klassifizierte Besteuerung würde die Identifikation mit einer klassifizierten Erwerbssituation begünstigen. Es wären auch für die Sozialverhandlungen und Tarifverträge Wirkungen gegeben. Man darf nicht unterschätzen, was so eine einfache Orientierungsmöglichkeit ausmacht. Es würde sich millionenfach eine Verhandlungssituation ergeben, in der eine bekannte Marke überschritten wird. (Ähnliche Funktionen haben jetzt schon die Versicherungspflichtgrenzen, die aber zwischen Lohn- und Niedriglohn nicht differenzieren.)

Solche leicht zu erstastenden Klassifizierungen über die ganze Bandbreite der Erwerbsinkommen liefert die lineare Progression, die gegenwärtig gilt und an der die CSU festhalten möchte, nicht. Es suggeriert eine nach oben offene Verhandlungssituation. Man darf vermuten, dass es das Preisgefüge dahin beeinflusst, dass insgesamt etwas höhere Preise erzielt werden, von denen der Staat etwas mehr einstreicht. Umgekehrt das klassifizierende Modell der CDU, das auch von der FDP gestützt wird. *maf*

VERGLEICH STEUERSÄTZE



StZ-Grafik/ Reuters, zap

Spitzenförderung für wenige – dem großen „Rest“ droht finanzielle Austrocknung

Der SPD-Parteivorstand hat auf seiner Klausurtagung am 6. Januar mit seinen „Weimarer Leitlinien Innovation“¹ u.a. das Ziel gesteckt: „Wir brauchen neben einer höheren Anzahl von Hochschulabsolventen auch eine stärkere Förderung von Spitzenleistungen. Wir wollen die Struktur der Hochschullandschaft so verändern, dass sich Spitzenhochschulen und Forschungszentren etablieren, die auch weltweit in der ersten Liga mitspielen und mit internationalen Spitzenhochschulen wie Harvard und Stanford konkurrieren können.“ Der frühere Kulturstatsminister Julian Nida-Rümelin (SPD) brachte die Berliner Humboldt-Universität als staatlich zu fördernde Elite-Schmiede ins Gespräch, Bildungsministerin Bulmahn will gar gleich 10 Elite-Universitäten schaffen, deren Förderung schwerpunktmäßig beim Bund liegen müsse.

Angespannte Situation an den Hochschulen

Im Wintersemester 2003/2004 sind über 2 Millionen Studierende an den Hochschulen in der BRD eingeschrieben, so viel wie nie zuvor.² Nach vorläufigen Schätzungen kletterte die Studienanfängerquote, das heißt der Anteil der Studienanfänger an der gleichaltrigen Bevölkerungsgruppe, auf 39,6% – damit ist eine der Zielsetzungen des SPD-Papiers fast erfüllt.³ Angesichts des großen Zustroms junger Menschen tritt die Krise des Hochschulsektors nur um so mehr zu Tage. Seit 1980 sind die Hochschulausgaben real um 15% gesunken. Die Ausgaben für Hochschulbau sinken, dringend notwendige Investitionen werden nicht getätigt. Die personelle Ausstattung der Universitäten hatten sich in den 90er Jahren vorübergehend zwar verbessert, doch inzwischen ist die sog. „Betreuerrelation“, d.h. das Verhältnis von Studierenden und Lehrenden, schlechter denn je. Die Ausgaben pro Studierenden sind bei vergleichbaren Universitäten in den USA mehr als doppelt so hoch. Während dort 30 Studierende auf einen Professor kommen, müssen sich hierzulande statistisch 51 Studierende einen Professor teilen.

Fast alle Bundesländer haben auf die angespannte Situation an den Hoch-

schulen u.a. mit der Planung oder Einführung von Studiengebühren reagiert und damit prompt eine breite Protestbewegung unter den Studierenden hervorgerufen. Im Aufruf für drei Großdemonstrationen am 13. Dezember 2003 hatten Vertreterinnen und Vertreter der Studierenden von 43 Universitäten u.a. auch gefordert: „Im Rahmen der Diskussion um die Kompetenzneuordnung zwischen Bund und Ländern fordern wir ein deutliches Signal von Seiten des Bundes, sich im gesamten Bundesgebiet für eine qualitativ hochwertige und gebührenfreie Bildung einzusetzen.“

Die Initiative der SPD kann als Reaktion auch darauf verstanden werden. Sie verkehrt allerdings die Intentionen der studentischen Protestbewegung ins Gegenteil. Der Freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) kritisierte prompt, dass die für den nächsten Haushalt angekündigte Erhöhung der Bildungsausgaben zur Elitebildung und nicht zu einer Verbesserung der Gesamtsituation des Hochschulwesens genutzt



werden solle. Die Einführung von Elite-Hochschulen führe zu einer Zwei-Klassen-Bildung und verstärke die strukturelle Benachteiligung „sozial schwacher Schichten“. Der fzs-Vorstand fordert die Erhöhung der BAFöG-Förderquote von jetzt 24% und „Konzepte ..., mit denen es gelingt, Ziele wie Öffnung der Hochschulen und Erhöhung der Bildungsbeteiligung durchzusetzen“.⁴ Aber immerhin scheinen sich die studentische Protestbewegung und der SPD-Vorstand darin einig, dass die Situation an den Hochschulen, die überwiegend unter die Länderhoheit fallen, zentralstaatliche Eingriffe und Steuerung erfordere.

Öffentliche Reaktionen auf den SPD-Vorstoß: Mehr Konkurrenz, mehr Auslese, mehr Förderung

Auch wenn die Reaktionen auf die SPD-Initiative eher zurückhaltend sind – für

die Gründung von Elite-Hochschulen nach dem Vorbild der US-Universitäten Harvard oder Stanford spricht sich außer dem BDA fast niemand aus –, ist eine öffentliche Diskussion über weit reichende Änderungen des Hochschulwesens in Gang gekommen. Das Ziel der Elitebildung wird kaum in Frage gestellt, die Diskussion geht vielmehr um die in der konkreten Situation der bundesdeutschen Hochschullandschaft möglichen Wege dorthin.

Die Stellungnahme des Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ist allein deshalb schon bedeutsam, als die DFG in der Hochschulfinanzierung eine große Rolle spielt. Nach wie vor sind die Grundmittel, d.h. die Zuschüsse der Träger, mit 57,9% bzw. 16,6 Mrd. Euro im Jahr 2001 die Hauptfinanzierungsquelle der Hochschulen. Inzwischen jedoch werben diese 3,1 Mrd. Euro (10,7%) und damit ca. doppelt so viel wie im Jahr 1992 an Drittmitteln bei öffentlichen und privaten Stellen ein. Der größte Drittmittelgeber war 2001 die DFG mit 943 Mio. Euro.⁵ Die DFG schüttet ihre Mittel aber keineswegs gleichmäßig aus: Über 50% fließen an 17 der 103 Universitäten. Ihr Präsident, Prof. Winnacker, schlägt nun vor, diesen Ansatz der gezielten Förderung zu verstärken und eine begrenzte Zahl von Graduiertenschulen und Forschungsstudiengängen zu schaffen, „die an zunächst etwa sechs Universitäten ermöglichen sollen, auf Spitzenleistungen in der Forschung hinauszubilden. Diese Graduiertenschulen müssten im Wettbewerb untereinander ausgewählt werden. Wegen der offenen Wahl des richtigen Weges und der Natur der modernen Wissenschaften, die durch hohe Komplexität charakterisiert ist, wäre es wichtig, nicht nur an einem Ort, sondern an mehreren Universitäten verschiedene Modelle der Exzellenzförderung mit dem Ziel der Verbesserung der internationalen Attraktivität auszuprobieren. Die Erfahrung wird dann schnell zeigen, welcher Weg letztendlich der richtige ist.“⁶ Der frühere SPD-Politiker Glotz schlägt statt der Gründung von Elite-Universitäten vor, die „sechs bis acht erstklassigen Volluniversitäten, die man unter geeigneten Bedingungen in zehn Jahren an die meisten Research-Universities der USA heranführen könnte, entsprechend zu fördern, z.B. durch 50 bis 100 Mio. Euro pro Jahr und Universität zusätzlich.“⁷ Aufschlussreich ist hier vor allem die Stellungnahme von Müller-Böling, Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE), einer 1994 auf Initiative und aus den Strukturen des Ber-

telsmann-Konzerns heraus entstanden und von ihm finanzierten Einrichtung zur Steuerung der Hochschulreform. Müller Böling begrüßt das „Nachdenken“ über „eine Differenzierung des Hochschulsystems“, merkt aber an, dass eine Elite-Universität nicht per Parteibeschluss gegründet werden kann: „Zielführender wäre es, Geld wettbewerblich den Hochschulen – besser den Fakultäten zu geben, die entsprechende Spitzenleistungen erbringen.“ Notwendig sei der Abbau folgender „Wettbewerbs-hemmnisse“:

- Hochschulzugang: Studierende wie Hochschulen müssen sich gegenseitig wählen können. Nur im Wettbewerb um die besten Studierenden entstehen Spitzenleistungen.

- Abschaffung der Kapazitätsverordnung (KapVO): Gleiche Betreuungsrelationen zwischen Professoren und Studierenden für alle Universitäten widersprechend dem Gedanken der Differenzierung und Elitenbildung.

- Aufhebung des Verbots von Studiengebühren: Wenn man in der Weltliga mitspielen will, muss man sich auch den Kriterien in dieser Liga unterwerfen, und das sind – was die Wertigkeit der Qualität der Lehre betrifft – Studiengebühren.

- Außeruniversitäre Forschung: Die Ausgliederung von Einrichtungen der Spitzenforschung ist in Frage zu stellen; denn in Stanford und Harvard sind die Forschungszentren Teil der Universitäten, bestimmen also auch den Forschungswert der Universität.⁸

In weiten Teilen ähnlich argumentiert der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, in dessen Kuratorium die Hautevolee der Deutschen Wirtschaft versammelt ist. Damit sich Eliten im Wettbewerb entwickeln könnten, sei über das Recht auf Auswahl der Studierenden, auf Erhebung von Studiengebühren und marktgerechte und leistungsbezogene Bezahlung von Professoren hinaus erforderlich, einerseits die Investitionen in Forschung und Lehre erheblich auszuweiten, andererseits die Universitäten u.a. durch Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes zu deregulieren. Auch müssten rechtliche Hindernisse, die die Freiheit der Universitäten zu Public Private Partnerships – zur Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen – beschnitten, aus dem Weg geräumt werden.⁹

Masse zahlt Klasse

Die SPD hat in ihrem Strategiepapier

angekündigt, den Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am Bruttoinlandsprodukt von heute 2,5 auf 3% zu steigern. Die Gesamtausgaben der Hochschulen, die Krankenbehandlung in den Universitätskliniken eingeschlossen, belaufen sich auf 1,4% des BIP. Aus diesen Zahlen wird deutlich, dass ein erheblicher Teil der staatlichen Förderung in die außeruniversitäre Forschung fließt. Aber nicht nur daraus erklären sich die Begehrlichkeiten, die Einrichtungen der Forschung wieder in die Universitäten einzugliedern. Nur hier können die zukünftigen „Eliten“ früh erkannt und von Anfang an rundum gefördert werden.

In der hier kurz skizzierten öffentlichen Diskussion zeichnet sich ab, wohin der Weg führt, den die SPD auf ihrer Weimarer Klausurtagung eingeschlagen hat: Die – wachsenden – staatlichen Mittel sowie ebenfalls wachsende Fördergelder von Stiftungen und Konzernen sollen auf einige wenige Universitäten konzentriert werden, vielleicht auf drei, vielleicht auf sechs. Dem Gros der übr-



Demonstration 2002 in Berlin gegen die Eröffnung einer privaten Management- und Wirtschaftsuniversität

gen 103 Universitäten und 270 Hochschulen droht die finanzielle Austrocknung. scc

- 1 <http://www.spd.de/servlet/PB/menu/1009368/1031309.html>
- 2 Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 4.12.00
- 3 Dem SPD-Papier zufolge lag die Studienanfängerquote 1998 bei Regierungsantritt von Rot-Grün bei 28,5%, angestrebt werden 40%; im Durchschnitt der OECD-Länder liegt sie bei 46,8%, in Finnland z.B. bei 72%.
- 4 Pressemitteilungen des fzs vom 5. bzw. 7. Januar. <http://www.fzs-online.org>
- 5 Private Unternehmen trugen 832 Mio. Euro bei, der Bund 735 Mio. Euro. Angaben nach: Statistisches Bundesamt, Hochschulstandort Deutschland 2003
- 6 Stellungnahme des DFG-Präsidenten Prof. Ernst-Ludwig Winnacker zur Einrichtung einer „Elite-Universität“ www.dfg.de/aktuelles_presse/reden_stellungnahmen/2004/download/eliteuni_winn_060104.pdf
- 7 Gastkommentar von Peter Glotz in der Financial Times Deutschland vom 9.1.04
- 8 www.che.de
- 9 www.stifterverband.de

Für Freiheit und Demokratie

Iranische Opposition hält Verpflichtung auf Menschenrechte für unabdingbar

Im Sommer letzten Jahres formierte sich in Iran erneut eine Protestbewegung, die trotz faktischen Ausnahmezustands viele tausend Menschen auf die Straße brachte (Bilder: verschiedene iranische Websites). Auch in deutschen und anderen europäischen Städten demonstrierten Exil-Iraner ihre Solidarität. Während die überwiegend von Studierenden getragene Protestbewegung im Iran nicht zuletzt über das Internet weltweit Aufmerksamkeit erregte, sind die Diskussionen der iranischen Opposition oder programmatische Dokumente meist weniger bekannt.

Aufschlussreich ist deshalb der im Folgenden dokumentierte (gekürzte) Redebeitrag von Hossein Bagher Zadeh, London, Informatiker, Menschenrechtler, Politikkritiker, Sprecher der Vereinigungsinitiative der iranischen Opposition „Charta 2003“ (deutsche Übertragung von: Mohammad Aref) von einer Veranstaltung in Stuttgart. Dort hatte auf Initiative verschiedener Gruppen und Organisationen am 30. November ein literarisch-politischer Nachmittag zum Thema: „Iran – der Januskopf von Kultur und Willkür“ stattgefunden. Die Begegnung mit Exil-IranerInnen, die sich gegen die Herrschaft des islamistischen Gottesstaates und für demokratische Freiheiten einsetzen, wurde von herausragenden VertreterInnen des iranischen literarischen und politischen Exils aus ganz Europa gestaltet. Den 70 TeilnehmerInnen im Kulturzentrum Merlin wurden drei bewegende und informative Stunden in persisch, deutsch und englisch geboten. Die iranischen Gäste fanden erfreuliche Aufmerksamkeit in Presse und Rundfunk. – Die Veranstalter, Lothar-Galow Bergemann für die Stuttgarter Friedensinitiative und Mohammed Aref, Schriftsteller, ließen den Beitrag freundlicherweise den Stuttgarter „Kommunalen Berichten“ zukommen, aus denen wir ihn übernehmen.

Sehr geehrte Gäste, meine Damen und Herren,

Iran zieht heute die Aufmerksamkeit der Welt wegen mehrerer Gründe auf sich. Die weltweite Verbreitung der Gewalt und des Terrorismus ist einer dieser Gründe. Die Islamische Republik ist einer der wichtigsten Betreiber und Verbreiter des staatlichen Terrors. Die Massenvernichtungswaffen und geheime Programme Irans im Bereich Atomtechnologie sind ein weiterer Grund. Die Welt ist am Beginn des 21. Jahrhunderts die Bühne unzähliger internationaler Auseinandersetzungen. Daher kann sie den Beitritt Irans in den Atomclub nicht mehr ertragen. Und schließlich die Menschenrechtsverletzungen, die ununter-

brochen auf der Tagesordnung der islamischen Republik stehen, sind der dritte Grund dafür, dass Iran die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich zieht.

(...) Die Islamische Republik hat selbstverständlich durch skrupellose Ausnutzung religiöser Überzeugung der Menschen die Macht an sich gerissen und ihre Schreckensherrschaft errichten können. Ayatollah Khomeini konnte durch seinen Einfluss die brutalsten mittelalterlichen Gesetze durchsetzen oder das Todesurteil für die Gegner im Land und im Ausland aussprechen. Das Todesurteil gegen Salman Rushdi im Jahre 1989 und zur Hinrichtung von Tausenden politischen Gefangenen im Jahre 1988 wurden von ihm persönlich in seinem letzten Lebensjahr erlassen. Dieselbe kriminelle Tradition haben seine Nachfolger gepflegt, zu deren Werk zählen die Hinrichtung der Führung der demokratischen Partei Kurdistan im Berliner Restaurant Mykonos im Jahre 1992 und Morde an einigen Politikern und berühmten iranischen Schriftstellern in den selben Tagen im Jahre 1998.

Nach nun ca. einem Vierteljahrhundert Herrschaft dieses Regimes bildet



sich eine breite Freiheitsbewegung im Iran. Die iranische Gewalt, Korruption und Rückständigkeit satthabende Bevölkerung macht ihre Unzufriedenheit deutlich und hat ihren Unmut auf unterschiedlichsten Wegen artikuliert. Eine Fraktion des Regimes (die Reformisten) konnte in einer gespannten Wahl vor sechs Jahren die Stimmen eines Großteils der Bevölkerung durch Aussprechen mancher Probleme, u.a. Menschenrechte und Demokratie, gewinnen. Die Reformisten machten viele Versprechungen, die sich wegen der Blockade der anderen herrschenden Fraktion nicht durchsetzten. Es war von vornherein wohl klar, dass ihre Parolen mit Hinblick auf die

Struktur der Islamischen Republik und des Grundgesetzes ohne dessen Änderung nichts als eine Fata Morgana waren. Nun haben unsere Leute erfahren, dass in der Struktur der islamischen Republik keine Demokratisierung durchführbar ist – sie haben ihre umfangreiche politische Reife durch den Boykott der Kommunalwahlen am 28. Februar dieses Jahres (2003 – Red.) dargestellt.

Diese allgemeine Unzufriedenheit und der Wunsch nach gründlichen Veränderungen im politischen System des Landes wird viel offener denn je zum Ausdruck gebracht. (...)

Es ist das vierte Mal in der Geschichte des letzten Jahrhunderts, dass die iranische Bevölkerung für Freiheit und Demokratie kämpft. Die konstitutionelle Revolution vom 1906, die Verstaatlichungsbewegung der Ölindustrie von 1952-53 und die Revolution von 1979 waren die letzten Bewegungen, die jede aus irgendeinem Grund fehl schlugen. Einer der Gründe des Fehlschlags war die kulturelle und demokratische Unreife. Beispielsweise wurden die demokratischen Werte und Menschenrechte in der Revolution von 1979 allgemein übersehen. Das neue Regime begann sofort nach dem

Dokumentiert

Charta 2003 (Manshoor 81)

1. Wir bekennen uns zu allen in der „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UNO“ verkündeten Rechten und Freiheiten und verlangen, dass diese in der iranischen Verfassung verankert werden müssen.

2. Wir stehen unwiderruflich auf dem Standpunkt, dass eine Regierung nur durch allgemeine, freie und geheime Wahlen an die Macht kommen darf, und erkennen ausschließlich die staatlichen Institutionen an, die aus diesen Wahlen hervorgegangen sind.

3. Wir verlangen eine klare Trennung von Staat und Religion und lehnen die Herrschaft von Geistlichen sowie jeder anderen Interessengruppe oder Personen, die nicht auf demokratischem Weg gewählt worden sind, ab.

3. Wir stehen für freie politische Anschauungen und für die Glaubensfreiheit jedes Menschen und lehnen jegliche Einmischung des Staates in die religiösen Angelegenheiten der Bürger ab.

5. Wir sind für die volle Gleichstellung aller Iraner und Iranerinnen ohne Unterschied von Geschlecht, Rasse, ethnischer, sprachlicher, politischer oder religiöser Zugehörigkeit. Jede Art von Diskriminierung und ungleicher Behandlung aufgrund dieser Unterschiede lehnen wir ab. Insbesondere fordern wir die völlige Gleichberechtigung von Frauen und Männern im privaten, ge-

sellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben.

6. Wir sind für eine Regierungsstruktur mit minimaler Kontrolle durch Zentralregierung und höchster kommunalen Demokratie entsprechend der kulturellen, ethnischen und sprachlichen Vielfalt der iranischen Bevölkerung im Rahmen der nationalen Einheit des Landes.

7. Wir treten dafür ein, dass das nationale Reichtum und die natürlichen Ressourcen zum Wohle aller Menschen des Staates gleichermaßen genutzt werden müssen. Wir sind auch der Meinung, dass der Staat ein Existenzminimum für jeden Iraner und jede Iranerin vorzusehen hat.

8. Wir lehnen jede unrechtmäßige Einmischung des Staates in die Privatsphären der Bürger und ihre Beziehungen untereinander ab. In die allgemeine Persönlichkeitsrechte darf nur aufgrund eines Gesetzes von der unabhängigen Justiz eingegriffen werden, um Personen zu schützen und Schaden von ihnen abzuwenden.

9. Wir sind gegen jede legitimierte Anwendung von Gewalt an politischen und anderen Gefangenen durch den Staat, insbesondere körperliche und psychische Folter und andere menschenverachtende Methoden wie Hinrichtungen.

10. Wir unterstützen die Liberalisierungsbewegungen der iranischen Bevölkerung, die gegen die staatliche Unterdrückung und religiöse Gewalt Herrschaft kämpfen. Insbesondere

unterstützen wir die Protestbewegungen der Frauen, der Jugend, der Studenten, der Journalisten und der Schriftsteller, sowie der Künstler, der Arbeiter und der Angestellten. Auch wir stehen für gewaltfreie Reformen auf dem Wege zu einer liberalen und demokratischen Gesellschaft und fordern die Umsetzung der in dieser Charter 2003 gesetzten Ziele.

11. Wir verlangen den friedlichen Ausbau der internationalen Beziehungen des Iran mit anderen Völkern der Welt auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts und im Rahmen der UN-Charta unter Einbeziehung der nationalen Interessen des Iran. Wir unterstützen die Zusammenarbeit mit im Völkerrecht anerkannten internationalen Organisationen für Friedensbeobachtung und -erhaltung, für Menschenrechte sowie Organisationen für soziale, wirtschaftliche und humanitäre Entwicklungen einschließlich Umweltorganisationen.

12. Wir stimmen der Forderung der Menschen, die Opfer politischer Willkür geworden sind, alle dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Jedoch sind wir der Meinung, dass dies durch ein von einer demokratisch gewählten Regierung zu gründendes Komitee für Verbrechenverfolgung und nationale Versöhnung, oder von legitimierte Gerichten vorgenommen werden muss – Punkt 9 dieser Charter ist einzuhalten.

www.manshoor.org/german/index.htm

Umsturz, die Anführer des Exregimes schnell oder ohne Prozesse hinzurichten, und die meisten politischen Kräfte der Opposition parallel zu ihrem Kampf gegen das Regime unterstützten diese Gewaltanwendung. Die Frauen wurden unterdrückt, und die meisten politischen linken Organisationen nahmen dies mit dem Vorwand, sie hätten Wichtigeres zu tun, nicht ernst. Eine Gruppe von vom Regime abhängigen Studenten besetzte die amerikanische Botschaft und nahm ihre Angestellten als Geisel, und diese Tat wurde von der Mehrheit der Kräfte gutgeheißen. Die leisen Rufe nach Menschenrechten wurden im revolutionären Lärm erstickt, und die neue Diktatur fasste überall Fuß.

Diese bittere Erfahrung liegt im Blickfeld der iranischen Bevölkerung und besonders der jungen Generation, und damit überträgt sie den Intellektuellen und politisch demokratischen Kräften eine große Verantwortung. Die Bekämpfung der vorherrschenden Diktatur allein wird für die Durchsetzung der Freiheit und Demokratie im Iran nicht mehr aus-

folgen.

Die Treue zur Charta 2003 ist nicht gleich Verleugnung des parteiischen oder ideologischen Charakters der Unterzeichner. Viele der Unterzeichner sind in ihren Parteien aktiv oder haben neue politische Organisationen gegründet. Sie können den sozialistischen, liberalen, nationalistischen, linken oder rechten Überzeugungen angehören. Und obwohl die Mehrheit der Unterzeichner der Charta die Erfüllung deren Bestimmungen nur in einer Republik für realisierbar halten, gibt es auch manche Unterzeichner, die es auch in einer modernen Monarchie entschieden für möglich halten. Aus unserer Sicht ist es sehr wichtig, dass alle Unterzeichner sich verpflichtet haben, sich in jeder politischen Aktivität in der Gegenwart und in der Zukunft der Realisierung dieser Bestimmungen bewusst zu sein und in ihren Richtlinien darauf hinzuarbeiten. Es ist unsere Erwartung und Hoffnung, dass die Charta 2003 von allen politisch-demokratischen Kräften als ein nationales Dokument für die nationale Übereinstimmung akzeptiert wird und dass diese Kräfte sich, abgesehen von ihren Meinungsverschiedenheiten, in der Tat und moralisch an deren Bestimmungen halten.

Die Verpflichtung zu einer bestimmten Kette von demokratischen und menschenrechtlichen Bestimmungen von der Seite der breitesten politisch aktiven Kräfte der Gesellschaft ist die beste Versicherung dafür, dass die Katastrophe der Revolution von 1979 sich

nicht mehr wiederholt. Damals war die Freiheitsparole überall zu hören, aber von Demokratie war wenig zu hören. Alle redeten von dem Kampf gegen die vorherrschende Diktatur, aber den Menschenrechten und der Ablehnung der Todesstrafe räumte man keinen so großen Platz in den Debatten ein. Die Revolution war nur auf den Kampf gegen die Form des diktatorischen Systems aus, und man hat weniger über die Inhalte des neuen Systems nachgedacht. Deshalb haben wir erfahren, dass die Freiheit nach der Revolution sehr kurzlebig war, dass die Menschenrechte die ersten Opfer der Revolution waren, dass die Hinrichtungskommandos nach den Köpfen des Schah-Regimes Tausende von Gegnern und Andersdenkenden und Andersseienden zum Ziel machten, dass mit der Änderung der Systemform sich schnell ein noch gewalttätigerer, tödlicherer und noch brutalerer Inhalt etablierte. Heute sa-

gen wir, dass wir die Freiheit nur zusammen mit Demokratie und Menschenrechten haben wollen, dass wir Gewalt und Folterung und Hinrichtung auf keinen Fall akzeptieren. Und anstatt auf die Form viel mehr auf den Inhalt der kommenden Regierung Iran achten. Das ist die Aussage von „Charta 2003“.

Ich habe am Anfang schon erwähnt, dass Iran heute wegen drei Hauptgründen das Interesse der Welt auf sich zieht: Terrorismus, Massenvernichtungswaffen und Menschenrechtsverletzungen. Da die Außenwelt sich viel mehr von den ersten zwei Gründen betroffen fühlt, reagiert sie auch empfindlicher. Aber theoretische und praktische Erfahrungen zeigen, dass die Lösung der ersten zwei Gründe von der Lösung des dritten Problems abhängig ist. Das heißt, wenn die Demokratie in der iranischen Gesellschaft Fuß fasst und die Menschenrechte geachtet werden, wird die Welt sich wegen der Verbreitung des Terrorismus und geheimen Atomprogramme keine Sorgen mehr machen. Aber ohne eine Lösung für die Demokratie- und Menschenrechtsfrage können weder der Druck der internationalen Agentur der Atomenergie noch die Embargodrohungen von der Seite der Uno die erwähnten Gefahren aus dem Wege räumen, und die islamische Republik wird weiterhin als eine Quelle des internationalen Terrorismus und der Bedrohung des Weltfriedens erhalten bleiben.

Anders ausgedrückt, die Interessen der Welt sind heutzutage mit den Wünschen der absoluten Mehrheit der iranischen Bevölkerung für die Durchführung der Demokratie und Achtung der Menschenrechte identisch. Wichtig ist, dass die Weltöffentlichkeit die Rolle der Demokratie und Menschenrechte im Iran ernst nimmt und in Bezug auf Iran deren Lösung an die Spitze ihrer Interesse stellt. Denn die Beseitigung anderer Sorgen über Iran wird nur dadurch möglich. (...) Die iranische Bevölkerung erwartet von der Weltöffentlichkeit, dass sie in dieser Zeit, in der die Terrorisierungsgefahr und Verbreitung von Atom- und Massenvernichtungswaffen die Gemüter der freien Welt beschäftigen, ihr bei der Durchführung der Demokratie und Beachtung der Menschenrechte im Iran beizustehen. (...)



reichen. Das heißt, wir müssen über das, was wir nicht haben wollen, hinaus noch deutlich machen, was wir haben wollen. Und das, was wir uns wünschen, müssen wir im Rahmen von demokratischen und menschenrechtlichen Regeln und Grundlagen definieren. Das heißt, die politischen Kämpfer und Aktivisten müssen sich verpflichten, eine Kette von Bestimmungen zu befolgen – Bestimmungen, welche die Befestigung demokratischer Organe auf den Grundlagen der Menschenrechte versichern.

Das ist die Grundidee von Manshoor (Charta 2003), die im Februar dieses Jahres erstmals mit über 100 Unterschriften von Intellektuellen, politischen und menschenrechtlichen Aktivisten veröffentlicht worden ist. Beim Verfassen der Charta haben wir die Schwerpunkte: Demokratie, Freiheit, Frieden, Menschenrechte und Gewaltlosigkeit berücksichtigt, und währenddessen haben wir unsere ideale Systemform nicht vorausgesetzt. (...) Die Charta 2003 beinhaltet das Allernötigste, was eine demokratische Institution, Partei und Organisation haben soll und sich verpflichten muss zu be-

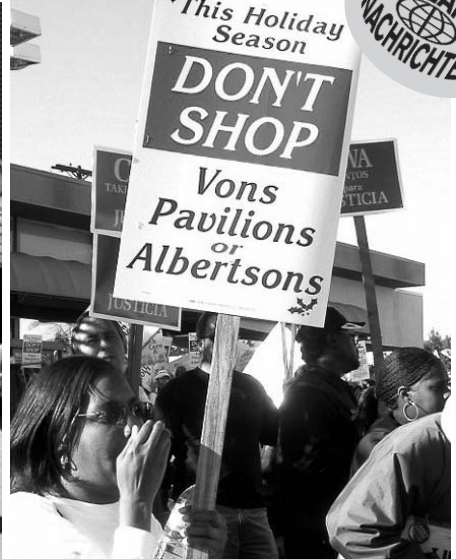


Südkalifornien: Drei Monate Streik im Einzelhandel



Seit Monaten befinden sich mehr als 70.000 Beschäftigte von vier Einzelhandelsketten im südlichen Kalifornien im Ausstand (wir berichteten). Begonnen hatte der von der Gewerkschaft United Food and Commercial Workers geführte Streik, als die Geschäftsführung der Safeway-Kette ankündigte, die Beiträge für den Kranken- und Rentenversicherungsfonds drastisch zu kürzen. Andere Konzerne wie Kroger's, die entsprechende Pläne verfolgen, reagierten unverzüglich mit Aussperrung. Hintergrund ist der scharfe Konkurrenzkampf auf dem Lebensmittelmärkte, auf dem sich Wal-Mart durch Lohnsenkung und Kürzung der Versicherungsbeiträge Vorteile verschafft hat. Bei Wal-Mart müs-

sen die Beschäftigten bis zu 25% ihres Lohns für die Krankenversicherung zahlen, weshalb auch weniger als die Hälfte der Wal-Mart-Beschäftigten an der betrieblichen Krankenversicherung überhaupt nur teilnehmen. Wal-Mart jedenfalls gelang es auf diese Weise, die betrieblichen Ausgaben für Krankenversicherung um 40% unter die der Konkurrenz zu drücken. Safeway und andere versuchen nun durchzusetzen, die Beiträge der Beschäftigten innerhalb von drei Jahren um 50% zu erhöhen – außerdem sollen die Löhne für neueingestellte Verkäuferinnen und Verkäufer gekürzt werden. Für eine alleinerziehende Teilzeitbeschäftigte, die zu einem Stundenlohn von 7,40\$ 30 Stunden/Woche arbei-



tet, würde das am Ende einen Krankenversicherungsbeitrag von 95\$ pro Woche bedeuten. Viele sehen den Streik, der vor allem von Immigranten und Frauen getragen wird, als entscheidend für die Auseinandersetzung an, ob Lohnabhängige vom Verkauf ihrer Arbeitskraft wenigstens einigermaßen leben können oder in nackte Not geraten. Deshalb findet der Streik auch große Sympathien. Ende November begannen mehr als 8000 Mitglieder der Gewerkschaft der Teamster, die bestreikten bzw. aussperrenden Einzelhandelsketten zu boykottieren. Das Bild zeigt den Marsch streikender Einzelhandelsbeschäftigter nach Beverly Hills am 16.12. (Quelle und Bilder: *Indymedia San Francisco/Z-Mag*)

Kalifornien: Schwarzenegger legt los

Der neue kalifornische Gouverneur Schwarzenegger war angetreten mit dem „Versprechen“, in Sachen Bundeshaushalt viele „Kisten in die Luft zu sprengen“. Seine Vorlage für den Haushalt 2004/2005 enthält in der Tat viele Sprengsätze. Gestrichen werden die staatlichen Zuschüsse an das Medi-Cal-System, ein medizinisches Auffangnetz für Zehntausende Kinder ohne Krankenversicherung. Die Subventionen für Kinderkrippen und Tagespflegeplätze werden reduziert, was viele Beschäftigte mit Niedrigstlöhnen vor massive Kinderbetreuungsprobleme stellt. Unterstützungsgelder für Alte, Pflegebedürftige und Kranken mit geringen Eigenmitteln werden ebenso gekürzt. Kürzungen bei den Universitäten werden voraussichtlich die Erhöhung der Studiengebühren um bis zu 40% nach sich ziehen. Die Kürzungen beim Gefängniswesen gehen, da die Zahl der Gefangenen keinesfalls sinkt, voll zu Lasten der Inhaftierten. Insgesamt soll durch Kürzungen im Gesundheits- und Sozialbereich sowie durch Gebührenerhöhungen die Kluft zwischen Staatseinnahmen und -ausgaben um 14,4 Mrd. \$ verringert werden, auf Kosten vor allem der Armen und

Ärmsten – Steuererhöhungen für Besserverdienende lehnt Schwarzenegger ab.

Ein Drittel der Bevölkerung Serbiens lebt an der Armutsgrenze

Das hat eine Analyse erbracht, die ein Team aus Fachleuten und Vertretern mehrerer UN-Organisationen über die soziale Lage in Serbien und Montenegro erarbeitet hat. Ursache ist die anhaltend schlechte wirtschaftliche Lage und eine hohe Arbeitslosenquote, die in diesem Jahr noch zunehmen dürfte. Die Erwartung, eine Annäherung des Landes an die EU werde zu einem wirtschaftlichen Aufschwung führen, hat sich, zumindest bisher, nicht bestätigt. So wurde, um ein Beispiel zu nennen, Serbien zwar eingeräumt, Fleisch in die EU zu exportieren; doch aufgrund hoher Viehfutterpreise haben die Bauern die Fleischproduktion drastisch reduziert, was dazu führt, dass Serbien kein Fleisch exportieren kann. (Quelle: *DW Monitor*)

Neue Spannungen zwischen Ungarn und Rumänien

Die Rede eines führenden Politikers der rechten ungarischen Oppositionspartei Fidesz, Kövér, bei der Gründungskonferenz des Ungarischen Nationalrats Sie-

benbürgen führte Anfang Januar zu neuen Spannungen zwischen Rumänien und Ungarn. Kövér, enger Mitarbeiter des Parteivorsitzenden Orbán, erklärte dort wörtlich: „Die Ungarn ertragen seit über 80 Jahren die Erniedrigungen und ständigen Attacken gegen ihre nationale Existenz und haben stets nur mit friedlichen, verfassungsmäßigen Mitteln für ihre elementaren menschlichen Rechte gekämpft. Wir sehen jedoch, dass diejenigen, die sich nicht scheuten, zu Waffen und Gewalt zu greifen, binnen viel, viel kürzerer Zeit viel mehr erreichen konnten als wir. Was es das also wert?“ Weiter hetzte er gegen „millionenstarke moslemische Minderheiten“ in Europa, „die sich nicht dem Rahmen der europäischen Zivilisation anpassen“. Der neu gegründete Ungarische Nationalrat Siebenbürgen tritt für die Autonomie der ungarischen Minderheit in Rumänien ein, die er zu vertreten beansprucht. Er geht davon aus, dass die Möglichkeiten für die Durchsetzung der Autonomie noch nie so günstig waren wie jetzt durch die EU-Mitgliedschaft. – Die rumänische Regierung protestierte und drohte an, Personen, die öffentlich eine Autonomie auf ethnischer Basis in Rumänien unterstützen, zu unerwünschten Personen zu erklären. (Quelle: *DW Monitor*)

Zusammenstellung: scc

WEIMAR. Seit einem Monat befinden sich die Studierenden der Bauhaus-Universität Weimar im Streik und organisieren momentan einen eigenen, selbstbestimmten und gesellschaftskritischen Lehrbetrieb. Sie protestieren – wie viele Studierende in anderen Bundesländern – gegen schlechte Studienbedingungen, Mittelkürzungen und Studiengebühren. Am 6. Januar 2004 machten sie dem im Weimar tagenden SPD-Präsidium mit ihrer Aktion „2 Millionen Studierende warten sehnsüchtig auf ihre Elite-Universität“ deutlich, dass sie das SPD-Konzept Elite-Universität ablehnen. „Wenn Ihr über Bildung redet, reden wir mit!“ titelten ihre Flyer und Plakate. Am 14. Januar ist eine thüringenweite Demonstration vor der Erfurter Staatskanzlei geplant. Vom 30. Januar bis 1. Februar 2004 findet eine Bundesbildungstagung aller deutschen Studierendenvertretungen und an Bildungspolitik Interessierten in Frankfurt/Main statt. Spätestens hier soll die vermeintliche Disharmonie in den Forderungen und Vorstellungen der deutschen Studierenden durchbrochen – und eine einheitliche „Front“ wider die Politik des Bildungs- und Sozialabbaus formuliert und etabliert werden. weimarstreikt.blogger.de



Bundesweite Aktionskonferenz gegen Sozialabbau am 17./18. Jan.

FRANKFURT/MAIN. In Plenen und Arbeitsgruppen soll im Bürgerhaus Bornheim über Ansatzpunkte für den gemeinsamen Widerstand gegen die aktuelle Politik und insbesondere über die Vorbereitung des Europäischen Aktionstags gegen den Sozialabbau am 2./3. April diskutiert und entschieden werden. Ziel ist es, ein breites, aktionsfähiges Bündnis aus Gewerkschaften, globalisierungskritischer Bewegung, Sozial- und Arbeitslosenverbänden, Ökologie-Bewegung, Behinderten, MigrantInnen und Friedensbewegung zu schmieden. www.alle-gemeinsam-gegen-sozialkahlschlag.de

Aktionen zum Familiensonntag der Katholischen Kirche am 18. Jan.

BERLIN. Der Lesben- und Schwulenverband LSVD führt zum Familiensonntag der Katholischen Kirche am 18. Januar in acht Städten (Berlin, Köln, Frankfurt/M., Mainz, Trier, Hildesheim, München, Stuttgart) Aktionen gegen die Ausgrenzung und Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften durch. „Der Katholische Familienbegriff schließt gleichgeschlechtliche Familien aus. Daher wollen wir die Öffentlichkeit und Kirchenbesucher erneut darauf hinweisen, dass auch Lesben und Schwule Familie leben.“ www.lsvd.de

Sorben wollen ihre Schule retten – Klage vor dem Verfassungsgericht

BAUTZEN. Mehrere Eltern und ihre Kinder ziehen vor den Sächsischen Verfassungsgerichtshof in Leipzig und gleichzeitig vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, um zu erreichen, dass die Schließung der Mittelschule in Crostwitz

rückgängig gemacht wird. In Sachsen gibt es rund 40.000 Sorben, weitere 20.000 in Brandenburg. „Nur etwa die Hälfte davon ist noch in der Lage, sich auf Sorbisch zu unterhalten, aber weit weniger verwenden unsere Sprache im Alltag“, so Jan Nuck, Vorsitzender der Domowina, Interessenvertretung der slawischen Minderheit in Ostdeutschland. Die Crostwitzer Kinder fahren jetzt sieben Kilometer nach Ralbitz zum Unterricht. Es gibt zwar Einrichtungen, die näher liegen, aber in Ralbitz befindet sich die nunmehr letzte ausschließlich sorbische Mittelschule. Die Schließung, so Nuck, verstoße gegen die im Grundgesetz verankerte Chancengleichheit, zudem garantiere die sächsische Verfassung den Sorben die Möglichkeit, ihre Sprache zu pflegen. www.zukunftbrauchtchule.de

Demonstration gegen Faschismus nach Morden vor einer Diskothek

HEIDENHEIM. Nach dem dreifachen Mord am 19.12.03 vor einer Heidenheimer Diskothek haben am 20.12.03 mehr als 200 Personen an einer Spontan-Demo gegen Faschismus teilgenommen. In dem Aufruf von AG KuK Heidenheim, SDAJ Heidenheim, Antifaschistische Aktion

Ulm/Neu-Ulm, DKP und VVN-BdA heißt es: „Auf den ersten Blick scheinen die grausamen Morde die Tat eines verrückten Einzeltäters zu sein. Dies ist aber nicht der Fall. Der Täter ist Teil neonazistischer Strukturen. Die rechtsextreme Szene, die sich in den letzten Jahren in Heidenheim kaum offen gezeigt hatte, macht schon seit Monaten organisiert Jagd auf Menschen, die nicht in ihr kaputttes Weltbild passen. Am 3. Oktober 2003 lauerten ca. 15 Neonazis vor einer Diskothek in Heidenheim zwei Punks auf und schlugen sie zusammen. Eine Woche nach dem Überfall auf die zwei Punks, am 10. Oktober 2003, sammelten sich schon wieder an die 50 Rechtsextreme in Heidenheims Straßen, die offenbar auf „Rabatz“ aus waren. In den Wochen danach wurden wiederholt Morddrohungen ausgesprochen. Die Presse wiegelte diese Vorfälle als Teile eines Bandenkriegs rechter und linker Jugendlichen ab, die Polizei sah nach den Morddrohungen offenbar keinen Handlungsbedarf.“ www.ulm.antifa.net

„Interhandel-Vermögen gehört den Zwangsarbeitern – Klage gegen UBS

KÖLN. „Das Vermögen der ehemaligen I.G. Farben Tochter Interhandel gehört moralisch den überlebenden Zwangsarbeitern, denn sie sind die wichtigsten Gläubiger des Konzerns“, insistiert der Ehrenpräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, Kurt Goldstein, angesichts der geplanten Klage des US-Anwalts Ed Fagan gegen die Schweizer Großbank UBS, deren Vorläuferin Schweizer Bankgesellschaft sich das auf 2,2 Milliarden Euro geschätzte Interhandel-Vermögen 1967 einverleibte. „Fagan handelt in Auftrag einiger raffgieriger



ger I.G. Farben Aktionäre“, ärgert sich der Geschäftsführer des Dachverbands der Kritischen Aktionäre, Henry Mathews, und vermutet: „Im Hintergrund stehen nicht nur Aktionäre wie Bolko Hoffmann und Rüdiger Beuttenmüller, sondern auch die ehemaligen Liquidatoren der insolventen I.G. Farben AG i.A.“

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Otto Bernhardt und Rechtsanwalt Volker Pollehn bildeten als Liquidatoren der Firma auch den Vorstand der Stiftung, die I.G. Farben im Jahr 2000 gegründet aber nur mit lächerlichen 256.000 Euro ausgestattet hat. Die Stiftung ist von der Insolvenz des Unternehmens am 10. November 2003 nicht betroffen.

„Die Stiftung soll Zwangsarbeiter entschädigen und die verbrecherische Geschichte der I.G. Farben aufarbeiten“, erinnert Mathews, „aber Bernhardt und Pollehn haben vor der Insolvenz der Firma perfide Vorkehrungen getroffen, damit geschichtslose Zocker diese Stiftung nun missbrauchen können, um sich die eigenen Taschen zu füllen.“

www.kritischeaktionaeere.de

Weltsozialforum im indischen Mumbai vom 16. bis. 21. Januar

FRANKFURT/MAIN. Mehr als 75.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden vom 16. bis 21. Januar zum vierten Weltsozialforum erwartet, das erstmals im indischen Mumbai (Bombay) stattfindet. In mehr als 1000 Veranstaltungen werden Menschen aus rund 130 Ländern über Themen wie Globalisierung und Welt-handel, Rassismus und Krieg, Landwirtschaft und die Rechte der Frauen diskutieren und alternative Konzepte entwickeln. Ein Schwerpunkt von Attac Deutschland beim WSF wird es sein, die internationale Zusammenarbeit zu Themen wie Steuerflucht, Kapitalverkehr und Schuldenkrise zu verstärken.

Zuvor hatte das Weltsozialforum, das als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum von Davos entstanden ist, drei Mal mit großem Erfolg im brasilianischen Porto Alegre stattgefunden. „Der Wechsel nach Asien kann der globalisierungskritischen Bewegung wichtige neue Impulse geben“, hofft Philipp Hersel, der als Koordinator von Attac Deutschland in Mumbai vertreten ist. „Die sozialen Bewegungen in Asien und besonders in Indien sind sehr stark im Umwelt- und Verbraucherschutz und im Kampf gegen Rassismus.“

www.attac.de

ABAD erhält keine Förderung mehr aus dem Bundesprogramm Civitas

ERFURT. Die Anlaufstelle für Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen (ABAD) erhält seit dem 31. Dezember 2003 keine Förderung mehr aus dem Bundesprogramm Civitas. Vier MitarbeiterInnen (davon zwei in Gera) erhielten bereits ihre Kündigungen. Eine bewilligte ABM-

Stelle für interkulturelle Verständigung musste außer Kraft gesetzt werden. Das Projekt des Flüchtlingsrates Thüringen e.V. hat mehr als zwei Jahre lang Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen beraten und unterstützt. Unter anderem auch wegen dieses abgebildeten Plakates wurde ABAD durch Landesregierung und Civitas gleichermaßen wegen des politischen Agierens kritisiert. Falschinformationen, Lügen, Denunziationen und Diffamierungen kamen in den letzten Wochen noch hinzu. Am Ende wird nun ein politisch verdammtes Projekt in Thüringen abgewickelt, welches sich laut dem Sprecher des Innenministers „nicht am Gemeinwohl orientiere“.

www.aag.antifa.net

Proteste gegen Abschiebungen nach Togo – Kritik an Abschieberichtern

MÜNCHEN. Am 9. Januar 2004 erhielten Verwaltungsrichter Kugele und seine Kollegen von der 25. Kammer den Preis als Abschieberichter des Jahres 2003. Die Proteste starteten mit dem Empfang togoischer Exilpolitiker am Hauptbahnhof München. Im Rahmen der „Internationalen Kampagne zur Aufklärung über die Diktatur in Togo und in anderen afrikanischen Ländern“, reisen die Togoer seit dem 13.12.2003 durch Deutschland. Sie fordern den Stopp aller Abschiebungen nach „Togo und in andere Verfolgerstaaten“. Nach dem Auftakt am Hauptbahnhof bewegt sich ein Demonstrationzug zum Verwaltungsgericht in der Bayerstraße. In dem verteilten Aufruf heißt es: „Zahlreiche TogoerInnen aus ganz Deutschland, die bei der Expo 2000 den



togoischen Diktator Eyadema vor versammelter Welpresse durch Proteste bloßgestellt hatten, bekamen Abschiebeschutz. Nicht so bei der 25. Kammer in München. Exilpolitische Aktivitäten, egal welchen Ausmaßes, werden generell als ‚nicht asylrelevant‘ abgetan. Darum werden Kugele und seine Kollegen als Abschieberichter des Jahres geehrt, kritisiert werden sie stellvertretend für eine Politik der systematischen Ablehnung von Asylsuchenden in Deutschland.“

www.carava.net/munich



30.000 Unterschriften für „Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen“

BERLIN. 30.000 haben sich in den vergangenen Wochen dem Aufruf „Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen!“ mit ihrer Unterschrift angeschlossen. Die Unterzeichner fordern, dass die langjährig in Deutschland Geduldeten endlich ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten. Mehr als 150.000 Geduldete leben bereits über fünf Jahre in Deutschland. Dennoch müssen sie Tag für Tag damit rechnen, dass sie abgeschoben werden. Menschen die schon längst Teil der deutschen Gesellschaft sind, wird aufgrund einer ideologisch verbohrteten Politik das Bleiberecht vorenthalten. Immer mehr Menschen wollen die unmenschliche Politik der Kettenduldungen nicht mehr hinnehmen und melden ihren Protest dagegen an. Nach der Weihnachtspause werden die Verhandlungen des Vermittlungsausschusses zum Zuwanderungsgesetz fortgesetzt. Pro Asyl ruft die Vertreterinnen und Vertreter aller Parteien auf, diesen Aufruf umzusetzen. www.proasyl.de

Land forciert Kürzungen bei Flüchtlingen – Gemeinderat protestiert

STUTTGART. Die Landesregierung zahlt in Zukunft nur noch eine einmalige Pauschale pro Flüchtling, die nicht einmal die Unterbringung und Verpflegung deckt, geschweige denn die Kosten bei Krankheit etc. Damit gibt sie den Kommunen einen Arbeitsauftrag und zahlt nicht die entstehenden Kosten. Allein Stuttgart bekommt 5 Mio. Euro weniger pro Jahr. Der Druck auf die Kommunen, die Flüchtlingsversorgung zu verschlechtern und schneller zu entscheiden und abzuschieben, wird verstärkt. Am 17. Dezember 2003 beschloss der Gemeinderat eine Resolution gegen die Systemveränderung der Kostenerstattung und fordert: „•Ausgliedern der Liegenschaftskosten und der Krankenhilfekosten von der pauschalen Kostenerstattung • Anpassung der Gesamtpauschalen an die tatsächliche Kostenentwicklung • Einführung einer gesetzlichen Revisionsklausel mit einem verbindlichen kommunalen Anspruch auf Erstattung der tatsächlichen Kosten • Weitergewähren einer Pauschale für die Anschlussunterbringung.“ Die REP stimmten dagegen. *Kommunale Berichte Stuttgart*

Kriegskonferenz in München – Die Themen.

Am ersten Februarwochenende 2004 trifft sich die weltweite Kriegselite zu ihrem Jubiläumsgipfel – 40. NATO-„Sicherheitskonferenz“ – im Nobelhotel Bayerischer Hof in München. Sämtliche NATO-Verteidigungsminister haben sich angesagt, Kriegskanzler Schröder ist eingeladen und weitere „Persönlichkeiten“ aus Politik, Rüstung und Militär werden erwartet. Die besondere Bedeutung, die diese Kriegskonferenz im Laufe der Jahrzehnte erhalten hat, drückt sich jedoch nicht allein durch die Anwesenheit so vieler Kriegstreiber aus, sondern findet ihren Ausdruck in den politischen Themenschwerpunkten, die dort abgehandelt werden. Das besondere an der Münchner Konferenz ist nämlich, dass es sich nicht um einen Vorzeigegipfel handelt, auf dem im Vorfeld beschlossene und ausgearbeitete Pläne der Weltöffentlichkeit präsentiert werden, sondern um einen Ort tatsächlicher Auseinandersetzung und Diskussion. Hier werden die neuen strategischen Ziele abgesteckt und weltweit koordiniert, die Perspektiven der Militärpolitik, aber auch die Widersprüche der verschiedenen Bündnisse diskutiert.

„Weiterentwicklung“ der transatlantischen Beziehungen

Die „Weiterentwicklung der transatlantischen Beziehungen“ wird wieder einmal im Vordergrund der Kriegstreiber-Debatte stehen. Unter dem Deckmantel einer europäischen Außen- und Verteidigungspolitik, bereitet sich die EU darauf vor, als „gleichberechtigter Partner der USA“, zu einer global agierenden Militärmacht aufzusteigen. Die Aufstellung der „Schnellen Eingreiftruppe“, die unabhängig von der NATO operieren soll; die angestrebte Einrichtung einer euro-

päischen Rüstungsagentur; die Verabschiedung einer Europäischen Sicherheitsstrategie (12.12.03) durch den Europäischen Rat, die ähnlich der „Bush-Doktrin“ den Weg für Präventivkriege freimacht, dies sind alles Elemente eines militärisch abgesicherten Weltmachtstrebens der EU. Die Konflikte, die daraus erwachsen, ob innerhalb des „Transatlantischen Bündnisses“ (NATO) bzw. speziell mit den USA, die über die europäischen militärischen Ressourcen nach eigener Interessenlage im Rahmen der NATO verfügen wollen, werden die kommende Konferenz maßgeblich bestimmen.

Das europäische Streben nach mehr militärischer Eigenständigkeit und amerikanisches Misstrauen dem gegenüber, die Diskussion darüber war bereits während der diesjährigen NATO-Herbsttagung in vollem Gange und offenbarte die Brüche, die das Militär-Bündnis durchziehen. Dreizehn Jahre nach Beendigung des „Kalten Krieges“ wird immer deutlicher, dass die NATO auf dünnem Eis agiert, ohne gemeinsamen Feind und gelähmt durch die Interessenkonflikte der kapitalistischen Mächte steckt sie heute in einer tiefen Sinnkrise. Schon die Übernahme des ISAF-Einsatzes in Afghanistan gestaltete sich äußerst problematisch, nun drängt die amerikanische Regierung auf eine Entlastung seitens der NATO im Irak. Welche Zugeständnisse werden sich die USA abringen lassen, um den Segen der deutschen und französischen Regierung für ein Engagement des Bündnisses im Irak zu erhalten? Unter einer Beteiligung deutscher und französischer Firmen an der wirtschaftlichen Ausbeutung des Irak wird nichts gehen.



München 2003

– Darüber wird in München gestritten werden, nicht Weiterentwicklung, sondern Schadensbegrenzung der „transatlantischen Beziehungen“ wird auf der Tagungsordnung stehen.

„NATO-Sicherheitskonferenz“:

Polizeiführung gesteht rechtswidriges Handeln gegen legitimen Protest ein

Presserklärung der Roten Hilfe München zu den Äußerungen des Münchner Polizeipräsidenten in der SZ vom 29.12.03

Der Münchner Polizeipräsident Schmidbauer räumt mit seinem in der *Süddeutschen Zeitung* vom 29.12.2003 ausgedrückten Bedauern über die „Freisprüche“ für Sicherheitskonferenz GegnerInnen endlich das rechtswidrige Verhalten seiner Polizei ein und muss nun Konsequenzen ziehen. Die Andeutungen Schmidbauers lassen bereits errahnen wie diese aussehen werden: Die Polizei wird

Kontrollstellen an den Einfallstraßen errichten und „einschlägig bekannte Berufsdemostranten – die Personalien liefern die Verfassungsschutzämter – sollen hier herausgefiltert und umgehend zurückgeschickt werden.“ (SZ S. 41, 29. Dezember 2003) Eigentlich keine Neuigkeit, denn auch in den vergangenen 2 Jahren wurde München de facto hermetisch abgeriegelt und bei tausenden Personen- und PKW-Kontrollen hunderten Menschen die Anreise verweigert.

Der Verfassungsschutz: Zugleich Polizei- und Ermittlungsbehörde? – Nachdem die Lüge von den 3000 anreisenden „Chaoten“ (angebliche Erkenntnis des Verfassungsschutzes), die 2002 zum totalen Demonstrationsverbot führte, nicht mehr aufrecht zu erhalten ist, kreiert Schmidbauer nun das Feindbild der „Berufsdemostranten“. Jenen möchte er bereits im Vorfeld das Recht auf Teilnahme

an den legitimen Protesten gegen die sog. Sicherheitskonferenz absprechen. Wer „Berufsdemostrant“ sei, soll der Verfassungsschutz bestimmen. Um jedoch in dessen Visier zu gelangen ist es nicht nötig „rechtswidriges“ Verhalten an den Tag zu legen. Der Verfassungsschutz klärt nicht „Straftaten“ auf, sondern dient der Bespitzelung politischer Gruppen und Menschen. Damit reicht ein politisches Engagement (wie z.B. in der PDS) aus, um in dessen Dateien zu landen. Welche Daten dabei erhoben werden ist für die Betroffenen nicht zu erkennen und eine Löschung de facto unmöglich zu erreichen.

Es sei daran erinnert, dass die soeben für rechtswidrig erklärten Festnahmen und Ingewahrsamnahmen bei den Sicherheitskonferenzen 2002/2003 eben auf diesen dubiosen Datensammlungen von Polizei und Verfassungsschutzämtern basierten, jedoch nicht wie der Rich-

Internationaler Terrorismus und die Frage der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen

Offiziell wird es auf dieser Kriegskonferenz außerdem um den „internationalen Terrorismus und die Frage der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen“, sowie eine dafür benötigte „gemeinsame Bedrohungs- und Gefahrenanalyse“ gehen. Tatsächlich geht es jedoch um die Zurichtung der Welt nach kapitalistischen Verwertungskriterien, um die „Neuordnung“ der Welt nach den Interessen der transnationalen Konzerne und Banken, sowie der reichen Nationalstaaten, die gegebenenfalls militärisch durchgesetzt werden wird. Ausgehend von einer Bedrohungsanalyse, der zufolge Gefahren vor allem vom internationalen Terrorismus, von der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und dem Scheitern von Staaten (failed states) ausgehen, hat sich die EU auf eine Präventivkriegsstrategie ausgerichtet, wie sie sich auch in der „Bush-Doktrin“ findet. Ob gemeinsam oder in Konkurrenz zueinander, es sind die kapitalistischen Großmächte, welche die eigentliche Bedrohung der Welt darstellen. In ihren Händen befinden sich der Großteil an Massenvernichtungswaffen und sie sind es, die mit ihren Kriegen die Welt terrorisieren. Wird uns im Bayerischen Hof das nächste „Reich des Bösen“ präsentiert oder langt ihnen momentan ein drohendes Trauma, ähnlich wie nach dem Vietnamkrieg, im Irak?

„Unvorstellbare Dinge tun!“

„Wir müssen in Afghanistan Kurs halten, wie wir dies auf dem Balkan getan haben. Schließlich müssen wir uns auch darauf vorbereiten, Dinge morgen zu tun, die heute noch als unvorstellbar oder unmöglich erscheinen“, sagte NATO-Generalsekretär Robertson, der sein Amt Ende 2003 an den Niederländer Jaap de Hoop Scheffer übergibt, auf der Herbsttagung des Bündnisses. Was der Brite mit

seinen philosophisch angehauchten Worten zum Ausdruck bringen wollte, das wird womöglich auch Thema in München sein, denn es ist am Wochenende der Kriegskonferenz ein informelles Treffen der NATO-Verteidigungsminister geplant. Offiziell um den neuen Generalsekretär einzuführen, es ist jedoch davon auszugehen, dass zumindest ein Einsatz der NATO im Irak Thema sein wird. Basierend auf den Äußerungen von Robertson könnte die Debatte aber auch Themen beinhalten, die „heute noch unvorstellbar erscheinen“. So könnte es beispielsweise um Staaten, wie die ehemaligen Sowjetrepubliken (z.B. Georgien), gehen, die gemäß westlicher Definition vom Scheitern bedroht sind und wo es bereits heute zu Interessenkonflikten zwischen den USA, der EU und auch Russland kommt.

Insgesamt betrachtet ist die sogenannte NATO-Sicherheitskonferenz ein geeigneter Anlass, um Protest und Widerstand dagegen auf die Münchner Straßen zu tragen. Nicht nur für die Antikriegsbewegung, sondern auch für die Bewegungen gegen die kapitalistische Globalisierung und den weltweiten Sozialraub. Dem Kampf gegen den globalisierten Kapitalismus und dessen kriegszerstörerischer Absicherung kann jedoch nicht allein auf der Straße begegnet werden, sondern bedarf einer ernsthaften inhaltlichen Auseinandersetzung, darum kommt alle auch zum Kongress nach München!

- **9.-11. Januar 2004:** 2. Antikriegskongress im Münchner Gewerkschaftshaus
- **6. Februar 2004:** Protestaktionen rund um den Bayerischen Hof -16:00 Uhr
- **7. Februar 2004:** Demonstration gegen die NATO-„Sicherheitskonferenz“ – 12:00 Uhr Marienplatz

NO PASARAN – Sie kommen nicht durch!

www.no-nato.de. PRESSEGRUPPE – Aktionsbündnis gegen die NATO-„Sicherheitskonferenz“

ter betonte, auf konkreten Erkenntnissen über geplante Straftaten.

Die Kompetenz Schmidbauers zeigt sich auch an seiner Wahl des Begriffs „Berufsdemonstrant“. Den einzigen Beweis seine Existenz findet er vermutlich an den Stammtischen. Als gäbe es den Beruf eines „Demonstranten“ (von wem bezahlt?), und wenn es ihn gäbe, wäre es auch kein „rechtswidriges“ Verhalten. Offensichtlich meint er damit Menschen, die häufiger von ihrem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gebrauch machen, als ihnen das die Polizei zugestehen würde. Die Einschränkung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit soll also damit begründet werden, dass man „zu“ häufig an Versammlungen teilnimmt.

Illegale Überwachung der GipfelgegnernInnen? – Schmidbauer zur SZ: „Es läuft in der Szene noch eine Diskussion darüber, ob die Sicherheitskonferenz als

Friedens- oder Kriegskonferenz angesehen werden soll.“ Woher ist Herr Schmidbauer so genau über interne „Diskussionen der Szene“ informiert? Offensichtlich lässt Schmidbauer oppositionelle Gruppierungen polizeilich bespitzeln und ausforschen.

Dazu Paula Schreiber, Pressesprecherin der Roten Hilfe e.V. – Ortsgruppe München: „Mit der Diffamierung von GegnerInnen der Nato Kriegspolitik als ‚Berufsdemonstranten‘, der Bespitzelung des Bündnisses gegen die NATO Sicherheitskonferenz und die geplante massenhafte Verfolgung anreisender DemonstrantInnen auf der Grundlage fadencheiniger und nicht überprüfbarer Verfassungsschutzbehauptungen zeigt Polizeipräsident Schmidbauer ein weiteres mal, das es um die Verhinderung und Einschüchterung politisch unliebsamen Protestes geht.“

Bürgerbegehren in Düren, Olpe und Siegen-Wittgenstein scheitern an Quorum

Dreimal Mehrheit reicht nicht

DÜREN/OLPE/SIEGEN-WITTGENSTEIN / KÖLN – Ende Dezember 2003 scheiterten gleich drei Bürgerbegehren in Nordrhein-Westfalen. In den Kreisen Siegen-Wittgenstein und Olpe scheiterten bei zwei parallelen Abstimmungen zum gleichen Thema die beiden Bürgerbegehren, die sich gegen den Verkauf der Verkehrsbetriebe Westfalen Süd (VWS) gewandt hatten. Beide Begehren erreichten zwar Abstimmungsmehrheiten von 96,3 % in Siegen-Wittgenstein und 97,4 % in Olpe, erreichten aber nicht gleichzeitig die vorgeschriebene Mindestzustimmung von 20% der Stimmberechtigten. In Düren scheiterte ein Bürgerbegehren für den Erhalt einer Zeder des ehemaligen evangelischen Gemeindehauses trotz einer Mehrheit von 80 % ebenfalls an der Abstimmungshürde.

Die Initiative Mehr Demokratie hatte im Vorfeld der Bürgerentscheide die Abstimmungsbedingungen als unfair kritisiert. So war in Siegen-Wittgenstein und Olpe die Zahl der Abstimmungslokale im Vergleich zu Wahlen drastisch reduziert worden, so dass nicht wenige Bürger weite Wege zur Stimmabgabe zurück legen mussten. Zudem hatten die Stimmberechtigten keine Abstimmungsbenachrichtigung erhalten. Viele Abstimmungswillige wussten deshalb nicht, wo sie ihre Stimme abgeben sollten. In Düren war die Stimmabgabe sogar nur im Rathaus möglich. Auch hier erhielten die Bürger keine Benachrichtigung. Eine weitere Erschwernis war die fehlende Möglichkeit zur Abstimmung per Brief. Mehr Demokratie hatte der Stadt deshalb vorgeworfen, den Bürgerentscheid bewusst boykottieren zu wollen. Generell kritisierte Mehr Demokratie auch die Abstimmungstermine kurz vor Weihnachten. In Düren war aber auch schon vor der Abstimmung teilweise die Luft heraus, weil der potenzielle Investor inzwischen zugesagt hatte, das Naturdenkmal Zeder erhalten zu wollen. Daraufhin hatte die SPD die Unterstützung des Bürgerbegehrens aufgekündigt.

Mehr Demokratie bedauerte das aus Sicht des Vereins „unechte“ Scheitern der drei Bürgerbegehren an der Abstimmungshürde. Bei 96 Bürgerentscheiden seien damit seit der Einführung des Bürgerentscheids vor fast zehn Jahren 47 Bürgerbegehren diesem Quorum zum Opfer gefallen. Landesgeschäftsführer Daniel Schily verwies darauf, dass auch Landrat Paul Breuer (CDU) bei seiner Wahl die für Bürgerbegehren vorgeschriebene Mindestzustimmung nicht erreicht habe. Breuer hatte bei seiner Wahl im Juni dieses Jahres nur die Stimmen von nur 19,8 % aller Wahlberechtigten erhalten. www.mehr-demokratie.de/nrw

Kritik an US-Leasing:

ESSEN. Der US-Kongress plant ein Gesetz gegen Cross-Boarder-Leasing-Geschäfte. Die PDS hat von Anfang an vor den großen Risiken der Geschäfte gewarnt, deren Erträge ausschließlich auf bisher nicht verfolgten Tricks zur Steuerhinterziehung beruhen. Dem wird der US-Kongress höchstwahrscheinlich rückwirkend ab dem 18.11.2003, dem Tag der Einbringung des Gesetzentwurfes, einen Riegel vorschieben. Im Finanzausschuss des Senats hat der Gesetzentwurf bereits eine eindeutige Mehrheit erhalten. Die PDS-Gruppe erwartet für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses einen detaillierten Bericht über das Ergebnis der Vertragsprüfungen – nicht nur für das US-Leasing-Geschäft mit der Messe, sondern auch für die Geschäfte der EVAG mit den U-Bahn-Wagen und dem kompletten Schienennetz. Sie fordert auch eine Bilanz der bisherigen Geschäfte, deren Hauptprofiteure ohnehin Banken- und Anleger-Konsortien sind, die den zwanzig- bis vierzigfachen Ertrag der Städte einstreichen.

www.pds-essen-im-rat.de

Keine Abschaffung der Gewerbesteuer:

KÖLN/BERLIN. Der Deutsche Städtetag fordert Bund und Länder auf, in der Debatte um eine große Steuerreform eine Reform der Gemeindefinanzen nicht zu vernachlässigen. Die niedrigere Gewerbesteuerumlage sei keine Reform des Gemeindesteuersystems. Und bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sei das Konzept richtig, aber die Finanzierung für die Städte nicht hinnehmbar. Vorschläge, die auf eine Abschaffung der Gewerbesteuer zielen, würden von den Städten sehr kritisch betrachtet. Bisher fehlten offensichtlich finanziell tragfähige, politisch konsensfähige und verfassungsrechtlich abgesicherte Konzepte für eine Alternative zur Gewerbesteuer. „Das Grundgesetz garantiert den Städten eine eigene wirtschaftskraftbezogene Steuer mit Hebesatzrecht. Lösungen, die daran Abstriche machen, sind für uns nicht verhandlungsfähig. Denn sie würden die Kommunen in eine noch größere finanzielle Abhängigkeit von Bund und Ländern bringen.“

www.staedtetag.de

Finanzierung der Kinderbetreuung:

BERLIN. Der Bund fordert von den Landkreisen den kostenträchtigen Ausbau der Kinderbetreuung. Die angekündigte Entlastung der Kommunen in Milliardenhöhe durch die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, mit der die Kinderbetreuung finanziert werden soll, ist jedoch ausgeblieben. Seit dem Herbst 2002 hat der Bund immer wieder angekündigt, dass

den Kommunen 1,5 Milliarden Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung für unter dreijährige Kinder zur Verfügung gestellt werden. „Die Situation wird sich weiter zuspitzen. Es ist abzusehen, dass durch die Reform der Pflegeversicherung erneute Belastungen in Millionen-, wenn nicht gar Milliardenhöhe auf die Landkreise zukommen. Fast könnte man meinen, der Bund ruiniert die Landkreise vorsätzlich.“

www.dlt.de

Fusion von Sparkassen und Privatbanken:

BERLIN. Der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz, erklärte: „Die Union warnt vor gefährlichen Experimenten auf dem Finanzplatz Deutschland. Es muss ganz klar sein: – Die Dreigliedrigkeit des deutschen Bankensystems mit den drei Säulen Privatbanken, genossenschaftliche Banken, öffentlich-rechtliche Sparkassen darf nicht aufgeweicht werden. Sie wird den mittelständischen Strukturen und der regionalen Vielfalt der deutschen Wirtschaft gerecht. Regionalprinzip, öffentlich-rechtliche Trägerschaft und Orientierung am Wettbewerb sind Grundlagen für den Erfolg der Sparkassen. Sie müssen bleiben. Fusionen innerhalb der Säulen und übergreifende Kooperation können notwendig und sinnvoll für die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Deutschland sein. Der Verkauf von Sparkassen an Privatbanken ist abzulehnen. Er gefährdet das Erfolgsmodell Sparkasse und damit die Finanzierung des Mittelstandes, Finanzdienstleistungen im ländlichen Raum und das Konto für jedermann. Die Bundesregierung muss ihre Bankenpolitik eindeutig klar stellen.“

www.cducsu.de

difu wertet Beteiligungsberichte aus:

BERLIN. Die Privatisierungen und Ausgliederungen von kommunalen Unternehmen führen nach einer Auswertung von kommunalen Beteiligungsberichten durch das Deutsche Institut für Urbanistik dazu, dass bei 77% der Unternehmen der kommunale „Einfluss zumindest fraglich ist, da diese nicht direkt bzw. über einen Mehrheitsanteil von der Stadt kontrolliert werden können.“ Die Tendenz zur „Konzernbildung“ verstärke die „Untersteuerung“ der Beteiligungen, während sich kommunal(politisch)e Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten verringern. Die Untersuchung bezeichnet es zugleich als „fraglich, ob mit dem Instrument des Beteiligungsberichts der Verlust an (steuerungsrelevanten) Informationen, der durch Ausgliederungen aus der Verwaltung und damit auch aus dem kommunalen Haushalt entsteht, ausgeglichen werden kann.“ Bericht 4/03, *www.difu.de*

Zusammenstellung: ulj

Vergleich

„Schöne Neue Siemens Welt“ vor Gericht

Mit einer 2-Millionen-Klage vor dem Münchner Landgericht I wollte die Siemens AG die weitere Verbreitung der Broschüre „Schöne Neue Siemens Welt“ verhindern. Der Rechtsstreit endete nun in einem gerichtlichen Vergleich. Darin erklären IG Metall und isw, dass ein Nachdruck der Broschüre unter dem gleichen Titel unterbleiben wird. Unberührt von dieser Verpflichtung bleiben Ansprüche von F.C. Delius und seines Verlags aus dem Werktitel „Unsere Siemens-Welt“. Zu diesem Vergleich stellt das isw fest:

1) Der Versuch der Firma Siemens, die Verbreitung der Studie ihrer Politik der Massenentlassungen am Standort München Hofmannstraße zu verhindern, ist zurückgewiesen worden.

Schon im April 2003 hatte Siemens versucht, mit dem Antrag auf eine einstweilige Verfügung den Vertrieb der Broschüre „Schöne Neue Siemens Welt“ zu verhindern. Damals machte Siemens geltend, es bestünde nicht nur eine Verwechslungsgefahr mit dem Mitarbeitermagazin „Siemens Welt“, sondern die Analyse verrate auch Geschäftsgeheimnisse des Unternehmens, was zu einer erheblichen Geschäftsschädigung geführt habe.

Gemeint war damit der in der Studie vorgelegte Beweis, dass Siemens ein wahrheitswidriges, geschöntes Bild über die Marktstellung des Unternehmens verbreitet hatte. Der damalige Antrag der Firma Siemens wurde von der Presskammer des Landgerichts München zurückgewiesen.

Mittlerweile sind die 5.000 Exemplare der Broschüre allesamt verkauft. In vielen Standorten der Firma Siemens und auch in anderen großen deutschen Konzernen gilt der Kampf der Belegschaft an der Münchner Hofmannstraße heute als beispielhaft, nicht zuletzt wegen der Informationen der Broschüre der IG Metall und des isw.

2) Das isw hat sich zu dem Vergleich entschlossen, weil es seine finanziellen und personellen Ressourcen nicht in einem jahrelangen Rechtsstreit mit dem Global Player Siemens verschleifen wollte ...

So mussten wir danach sehen, unsere Ressourcen für die weitere wissenschaftlich-publizistische Arbeit zur Unterstützung der sozialen und Friedensbewegung zu bewahren ...

3) Wir arbeiten derzeit an einer weiteren Analyse der Unternehmenspolitik von Siemens, die sich insbesondere mit der Praktik der Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohn-Länder auseinandersetzt. Diese Studie soll im Frühjahr 2004 veröffentlicht werden.

www.indynews.net

Kritische Aktionäre bei DaimlerChrysler protestieren

Der ganz große Wurf sollte es werden, die ganz große Aufklärung. Nach einem Jahr Recherchen legte Professor Christian Tomuschat am Montag sein Gutachten über das Verschwinden von 16 Betriebsräten im Mercedes-Werk González Catán am Beginn der argentinischen Militärdiktatur in den Jahren 1976/77 vor. Dafür wählte er nicht wie ein unabhängiger Experte seinen Arbeitsplatz, die Berliner Humboldt-Universität, sondern die Kulisse seines zahlenden Auftraggebers, die Konzernzentrale von DaimlerChrysler in Stuttgart.

Kernfrage war die Verantwortung der Mercedes-Werksleitung für die Entführung, Folterung und Ermordung der Betriebsräte, insbesondere die Mitschuld des damaligen Produktionsleiters Juan Tasselkraut. Der Hauptbelastungszeuge Héctor Ratto, selbst 16 Monate lang gefolterter aber der Ermordung entgangener Mercedes-Betriebsrat, hat seit 1999 mehrfach ausgesagt, wie Tasselkraut in seinem Beisein am 12. August 1977 die Adresse seines Kollegen Diego Núñez an die Militärs verriet. In der selben Nacht wurde Núñez aus seiner Wohnung und in das Folterzentrum Campo de Mayo verschleppt und später ermordet.

Für Tomuschat sind Rattos Schilderungen schlicht unglaublich. „Eine halbe Stunde“ habe er mit diesem wichtigsten Zeugen gesprochen, „aber nicht alle Aussagen für bare Münze genommen.“ Stattdessen verlassen sich der Professor und seine zwei Co-Autoren auf viele Jahre ältere Aussagen von Ratto, deren Protokolle ihnen vorlagen und in denen

sich keine Vorwürfe gegen Tasselkraut finden. Dabei interessiert sie offenbar wenig, dass es bei diesen Aussagen nur am Rande um den Mercedes-Chef ging, und dass Ratto damals noch bei der Firma beschäftigt war. Vielmehr habe den Zeugen inzwischen „sein Erinnerungsvermögen im Stich gelassen“, gutachtet Völkerrechtler Tomuschat.

Die in Argentinien arbeitende deutsche Journalistin Gaby Weber, die den Fall 1999 ans Licht brachte und ihn seit dem verfolgt, sorgte sich schon bei Tomuschats Kurzbesuchen in Argentinien im März und August 2003 über dessen eingeschränkte Recherchetiefe. Schlagenden Beweis, wie begründet diese Sorge war, lieferte Tomuschat am Montag auf Nachfrage selbst: Ein zweiter Belastungszeuge gegen die Mercedes-Leitung hatte sich vor wenigen Monaten bei Weber gemeldet, die darüber publizierte und ein Gespräch zu vermitteln suchte. Der deutsche Professor nahm dies nicht zur Kenntnis. „Von Alfredo M. weiß ich nichts“, beschied er den Journalisten.

„Ein entscheidender Zeuge wurde nicht von Tomuschat vernommen“, entriet sich deshalb Gaby Weber. Alfredo M., der bis 2001 als Meister bei Mercedes-Benz beschäftigt war, wurde am 14.12.1976 verschleppt und gefoltert. Als er am nächsten Tag zur Arbeit erschien, war Werksleiter Tasselkraut bereits über seine geheime Entführung informiert.

Weitere Ungemessenheiten türmen sich im Bericht des Gutachters. So berichtet Ramón Segovia von der Gruppe „Ehemalige Mercedes-Benz-Arbeiter für Er-

innerung und Gerechtigkeit“: „Wir haben Tomuschat angeboten, mit ihm in die Fabrik zu gehen und ihm zu zeigen, wo unsere Arbeitskollegen von Militärs verschleppt wurden. Das war für uns sehr wichtig, doch Tomuschat hat das rundweg abgelehnt.“ Stellungnahme des Professors auf Nachfrage am Montag: „So ein Angebot habe ich nie bekommen.“

Gaby Weber erinnert, Tomuschat habe mit dem argentinischen Rechtsanwalt der Opfer und Hinterbliebenen, Dr. Ricardo Monner Sans, nur etwa 30 Minuten lang gesprochen. Das bestätigt der Gutachter und gesteht, er könne sich sowie so „nicht genau an das Gespräch erinnern.“

Die professorale Segnung für DaimlerChrysler steht seit Montag dennoch schwarz auf weiß. Es existierten „keinerlei Belege“ dafür, schreibt Tomuschat als wichtigstes Ergebnis, dass die „verschwundenen Betriebsangehörigen von MBA auf Betreiben der Unternehmensleitung von den staatlichen Sicherheitskräften verschleppt und ermordet worden wären.“ Die Chefs des Konzerns möchten den Fall denn auch zu den Akten legen.

Einen Strich durch diese Rechnung dürften ihnen zwei amerikanische Anwälte machen, die derzeit im Auftrag der Angehörigen der Ermordeten eine Schadenersatzklage vorbereiten. Und US-Richter könnten sich für mehr Zeugen aussagen interessieren als Professor Tomuschat.

Henry Mathews, Stuttgart, 8.12.2003, Dachverband Kritische Aktionäre

Buenos Aires, 5.12.2003. Während der Militärdiktatur in Argentinien verschwanden 1976 mehrere Betriebsräte der dortigen Mercedes Benz Fabrik spurlos. Recherchen der deutschen Journalistin Gaby Weber deuten darauf hin, dass sie verschleppt, gefoltert und ermordet wurden. Eine Mitschuld der Firmenleitung und insbesondere des damaligen Produktionsleiters Juan Tasselkraut sollte eine von DaimlerChrysler beauftragte Kommission untersuchen. Kommissionsleiter Prof. Christian Tomuschat stellte seine Ergebnisse am, 8.12.2003, in einer Pressekonferenz der DaimlerChrysler AG in Stuttgart vor. Dazu erklärt Gaby Weber:

„Die Untersuchungskommission kam auf Druck der ‚Kritischen Aktionäre‘ und auf Initiative des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Erich Klemm zustande. Klemm bevorzugte als Leiter dieser Kommission eine Person der argentinischen Kirche. Der erste Vorschlag hieß: Adolfo Pérez Esquivel, argentinischer Friedens-Nobelpreisträger. Der Vorstand von DaimlerChrysler lehnte ihn ab und schlug vor, ‚amnesty International‘ (ai) die Leitung zu übertragen. ai führt solche Untersuchungen nicht selbst durch. Daher der zweite Vorschlag: der lutheranische Bischof Helmut Frenz, einst von Pinochet aus Chile ausgewiesen und viele Jahre Generalsekretär von ai Deutschland – eine unbestechliche Person. Ihn lehnte die Leitung von ai ab und setzte sich statt dessen unter Ausschluss aller,

die in dieser Sache aktiv sind (darunter auch der ‚Kritischen Aktionäre‘) mit der DaimlerChrysler-Geschäftsleitung zusammen. Das Ergebnis dieser Geheimverhandlungen war die Ernennung von Christian Tomuschat, bis zu diesem Zeitpunkt wegen seiner Arbeit in der ‚Wahrheitskommission‘ in Guatemala ein angesehener Experte in Sachen Menschenrechte.

Die Kommission besteht nur aus Herrn Tomuschat und zwei nach BAT bezahlten Angestellten. Herr Tomuschat hat keine weiteren Mitglieder aus dem öffentlichen Leben Deutschlands oder Argentinien aufgenommen. DaimlerChrysler hatte als zweites Kommissionsmitglied den Bischof von La Plata, Héctor Aguer, vorgeschlagen, der in Argentinien berüchtigt ist wegen seiner Kampagnen gegen Emp-

fängnis- verhütung, Ehescheidung und Aidsbekämpfung und für sein Werben für die Straflosigkeit für Folterer. Herr Tomuschat erklärte mir gegenüber, dass Aguer der Kommission nur „beratend“ zur Verfügung stehe.

Ich habe Herrn Tomuschat bei seinem Aufenthalt in Argentinien Material und Kontakte angeboten. Auf seinen Wunsch hin habe ich ihn mit vier der überlebenden Mercedes-Betriebsräte zusammen gebracht. An dem Gespräch habe ich selbst nicht teilgenommen. Mir wurde berichtet, dass das Gespräch weniger als zwei Stunden gedauert hat. Die Ex-Betriebsräte boten an, ihm in der Fabrik die Orte der Verschleppungen zu zeigen, was Herr Tomuschat ablehnte. Ein weiteres Gespräch wünschte er nicht.

Herr Tomuschat hat mit dem Opferan-

walt, Dr. Ricardo Monner Sans, gesprochen, etwa 30 Minuten lang. Ein weiteres Gespräch lehnte er ab. Dr. Monner Sans bot ihm an, ihn mit den in der argentinischen Strafsache tätigen Staatsanwälten zusammen zu bringen. Auch dies lehnte Herr Tomuschat ab.

Ich habe Herrn Tomuschat angeboten, ihn mit den Hinterbliebenen der Verschwundenen Betriebsräte zusammen zu bringen und ihn darauf hingewiesen, dass diese Familien trotz der vielen Jahre immer noch tief verletzt seien. Herr Tomuschat hat dieses Angebot abgelehnt. Er hat mit keinem der Hinterbliebenen gesprochen.

Es gibt in der Fabrik Mercedes Benz Argentinien (MBA) nicht nur die (korrupte) Gewerkschaft für die Arbeiter, SMATA, sondern auch die für die Meister und mittleres Management, die „Asociacion Personal Superior“. Sie wurde gegründet von Alfredo M., seit den 60er Jahren ihr Generalsekretär bzw. leitender Funktionär. Alfredo M. war 36 Jahre bei MBA tätig, zuletzt als Meister, und ist im Jahr 2001 ausgeschieden.

M. schickte mir im April 2003 eine e-mail, in dem er mir berichtete, dass er am 14.12.1976 (am selben Tag wie die MBA-Arbeiter Grieco und Vizzini) entführt und von Kommissar Rubén Lavallén (verurteilter Kindesräuber und ab 1978 Sicherheitschef bei Mercedes) gefoltert und zu gewerkschaftlichen Aktivitäten verhört wurde. Als er am nächsten Morgen, nach mehreren Stunden Folter, verspätet ins Werk kam, wartete dort Produktionschef Tasselkraut auf ihn, der über das Vorgefallene informiert war. M. schwieg über das Vorgefallene bis April diesen Jahres. Da war gerade Herr Tomuschat in Argentinien und befragte die Personen, die ihm von der Firma vorgeschlagen wurden, darunter mehrere Gewerkschafter der „Asociacion Personal Superior“, MBA-Angestellte. M.s Name stand nicht auf der Liste. Als er fragte, warum er, der am eigenen Leib die Repression erfahren habe, nicht mit Tomuschat sprechen solle, erhielt er von der Werksleitung die Antwort, dass seine Aussage für die Arbeit von Herrn Tomuschat „kontraproduktiv“ sei. Ein Gespräch kam nicht zustande. Wenige Tage, nachdem M. zu mir über e-mail Kontakt aufgenommen hatte, versuchten Unbekannte, ihn vor seiner Haustür zu entführen. Der Versuch misslang, M. erstattete Strafanzeige. Wochen später wurde er im Park mit den Worten bedroht, dass er aufhören solle, mit der deutschen Journalistin zu reden, wenn ihm sein Leben lieb sei. Ich bat die Regierung um Hilfe, und das Menschenrechtssekretariat bot Polizeischutz an. Nachdem ihn die Staatsanwaltschaft in Buenos Aires vernommen hatte, hörten die Drohungen auf. Ich schickte eine Kopie seiner Zeugenaussage an die Staatsanwaltschaft Nürnberg. Diese verzichtete aber auf M.s Vernehmung und stellte das Ermittlungsverfahren ein.“

Dr. Gabriele Weber

SICK AG baut Produktion in Waldkirch statt in Ungarn aus – Warum stimmte der Betriebsrat einer Flexibilisierung der Arbeitszeit zu ?

In den letzten Tagen verkündete die Badische Zeitung, auch unter Bezugnahme auf eine Presseerklärung des Vorstands der SICK AG zusammen mit der IG Metall Freiburg, mehrfach „gute Nachrichten aus der Wirtschaft“: der Standort Waldkirch der SICK AG werde ausgebaut, bis zu 70 Arbeitsplätze (davon maximal 30 in der Produktion) werden sogar neu geschaffen. Was war diesem Verhandlungsergebnis zwischen SICK-Betriebsrat und der IG Metall auf der einen und dem SICK Vorstand auf der anderen Seite vorausgegangen?

Seit längerem war klar, dass die rasanten Zuwachsraten einen Aus- und Neubau von Produktionsfläche und Bürokapazitäten dringend erforderlich machen würden. In der innerbetrieblichen Diskussion wurde grundsätzlich davon ausgegangen, dass dieser Ausbau am Standort Waldkirch stattfinden werde, die entsprechenden Vorplanungen (mit Stadt und Architekten) liefen auch bereits an. Plötzlich platzte der SICK-Vorstand Anfang Oktober 2003 mit dem Szenario „Standorterweiterung in Waldkirch oder Ungarn“ heraus und eröffnete dem überraschten Betriebsrat, dass nur umfassende Flexibilisierung der Arbeitszeiten eventuell eine Entscheidung „für Waldkirch“ ermöglichen würde.

Der Wirtschaftsausschuss des Betriebsrates kritisierte heftig, dass die entsprechenden Überlegungen über alternative Standortpolitik und die einzelnen Daten und Berechnungen, die einer solchen Entscheidung betriebswirtschaftlich zu Grunde gelegt werden müssten, bisher dem Betriebsrat nicht offengelegt worden waren – obwohl das Betriebsverfassungsgesetz eine solche Information des Wirtschaftsausschusses in einem frühen Stadium der Planung ausdrücklich vorschreibt. Es dauerte dann noch fast einen Monat, bis der Betriebsrat durchsetzen konnte, dass die Details der Kostenvorteile bzw. Unterschiede zwischen einer Produktionserweiterung in Ungarn oder in Waldkirch offengelegt wurden. Es stellte sich heraus, dass die Differenzen bezüglich der Lohnstückkosten (unter Berücksichtigung aller indirekten Faktoren) bei der Masse der SICK-Standardprodukte relativ niedrig sind. Trotzdem blieben der Vorstand und die Personal- und Produktionsleitung bei ihrer Drohung, nur mit weiterer Arbeitszeitflexibilisierung eine Produktivitätssteigerung am Standort Waldkirch erreichen zu können. Um die Bauentscheidungen zügig treffen und auch von Aufsichtsrat genehmigen lassen zu können, sei höchste Eile geboten und müsse sich der Betriebsrat bis Ende November bewegen. Andernfalls habe er die Entscheidung für einen Ausbau in Ungarn (wo die SICK AG ja bereits mit 130 Mitarbeitern Sensorik produziert) zu verantworten!

Angesichts des massiven Drucks und nicht zuletzt auf dem Hintergrund der Hiobsbotschaften von Schließungen und Entlassungen bei Ganter und der Herzkreislauf-Klinik entschied sich der Be-

triebsrat schließlich, in Verhandlungen einzusteigen mit dem erklärten Ziel, soviel Schranken und Schutzbestimmungen für die Beschäftigten wie möglich zu erhalten. Um die Kompromisslösung, die dann bis Ende November erzielt wurde, beurteilen zu können, seien im Folgenden die wichtigsten Punkte skizziert. Dabei stellen wir jeweils die ursprüngliche Arbeitgeberforderung dem dann erzielten Ergebnis gegenüber:

Gleitzeit-Ausweitung:

Bisher galt in der SICK AG eine Gleitzeitregelung von +/- 30 Stunden pro Monat. Die Arbeitgeberforderung lag bei +/- 80 Stunden für den indirekten Bereich und +/- 120 Stunden in der Produktion. Herausgekommen sind jetzt +/- 60 Stunden für Angestellte, +/- 80 Stunden in der Produktion. Bis zu 30 Stunden liegen weiterhin in der Verantwortung des Mitarbeiters, zwischen 30 und 60 Stunden sind die Vorgesetzten mit in der Verantwortung: hier kann auch festgelegt werden, max. 60 bzw. 80 Stunden pro Jahr umzuwandeln in Anlagen zur Altersversorgung, eventuell Zeitwertpapiere (Langzeitkonten) oder für Qualifizierungsmaßnahmen. Die diesbezüglichen Details müssen jetzt noch in Verhandlungen über entsprechende Betriebsvereinbarungen geklärt werden. Weiter wurde ein spezielles Arbeitszeitmodell für Projektmitarbeiter, das der Betriebsrat schon seit Jahren verhandelt, vereinbart.

Ausweitung von 40-Stunden-Verträgen:

Hier war die ursprüngliche Arbeitgeberforderung: die 18%-Regelung des Manteltarifvertrages entfällt und es können je nach Bedarf mit einer Ankündigungsfrist von 2 Wochen 40-Stundenverträge vereinbart werden. Herausgekommen ist jetzt, dass bis zu max. 44% der Belegschaft 40-Stundenverträge vereinbaren können, auf freiwilliger Basis: die Gruppe der AT-Angestellten = 18%, weitere max. 13% der Belegschaft mit voller Bezahlung der 5 Stunden über der 35-Stundenwoche, weitere max. 13% der Belegschaft, die diese 5 zusätzlichen Stunden in Altersvorsorge / Langzeitkonten o.ä. umwandeln können. Vorzugsweise können die 5 Stunden auch zur Hälfte in Bezahlung und zur Hälfte in Konten etc. ausbezahlt werden. Wichtig ist, dass kein Arbeitsvertrag zwischen 35 und 40-Stunden möglich ist, bei dem nicht jede Stunde bezahlt werden muss. Entspre-

chend wird eine Änderung des Tarifvertrags mit der IG Metall vereinbart. (Zur Bewertung siehe Schluss dieses Artikels)

Ausweitung von Schichtarbeit:

Hier wurde „Verhandlungsbereitschaft“ seitens des Betriebsrates signalisiert: für 24-Stunden-Schichten (3er-Schicht inkl. Nachtschicht) in hochinvestiven Bereichen (dies betrifft ca. 50 Mitarbeiter) sowie Zweischichtmodelle in der Montage.

Die ursprünglichen Anforderungen der Arbeitgeberseite, den Samstag als Normalarbeitstag ohne Zuschläge durchzusetzen und auch die Schichtzuschläge teilweise bei Spät- und Nachtschicht anzugreifen, waren für den Betriebsrat nicht verhandelbar. Samstagsarbeit muss wie bisher beim Betriebsrat beantragt werden und ist Überstundenzuschlagspflichtig. (Einzige Ausnahme: max. 10% des indirekten Bereiches kann am Samstag auf Gleitzeitbasis arbeiten – was teilweise schon jetzt – sozusagen „illegal“ stattfindet. In Zukunft soll dies dokumentiert und bei Überschreiten wieder antragspflichtig werden.)

Wie waren die Reaktionen der Belegschaft ?

Auf einer sehr gut besuchten Betriebsversammlung, wo die Eckpunkte dieses Verhandlungsergebnisses vorgestellt wurde, war der generelle Tenor: „Damit kann man leben. Es ist gut, dass in Waldkirch gebaut wird!“ Gewisse Sorgen machen sich diejenigen Schichtarbeiter/-innen, die bisher ein 3-Schichtmodell mit verkürzten Nachtschichten (6 Stunden wegen der höheren Belastung) hatten. Von Betriebsratsseite wurde auch deutlich gemacht, dass mehrere Detailfragen jetzt noch in den Betriebsvereinbarungsverhandlungen geklärt werden müssen.

Was die Ausweitung der Flexibilisierung (Gleitzeit, Projektarbeit) als auch die faktische Ausweitungsmöglichkeit für 40-Stundenverträge betrifft, muss man wissen, dass in nicht wenigen Bereichen bei SICK (z.B. Vertrieb, Entwicklung, EDV-Abt. etc.) weit mehr als 35 Wochenstunden gearbeitet wird also die jetzt getroffenen Vereinbarungen betriebliche Realität „legalisiert“. Bisher

wurden jedes Jahr ca. 17.000 Stunden im Tarifbereich (von den Atlern ganz zu schweigen, die nicht mehr stempeln) „verschenkt“, weil die Mitarbeiter keine Anträge auf Übernahme von hohen Gleitzeitsalden gestellt haben. Diesen „Nulltarif“ wird es in Zukunft nicht mehr geben.

Dem Problem des „Arbeiten ohne Ende“ ist nach Überzeugung des SICK-Betriebsrates sowieso nicht nur mit Tarifverträgen oder betrieblichen Arbeitszeitregelungen beizukommen, denn es sind viele Beschäftigte selbst, die alle Begrenzungen sprengen. Nur im Dialog und über gegenseitige Verständigungsprozesse, wie man sich gegen eine Arbeitsorganisation und Managementmethoden zur Wehr setzen kann, die maßlos sind und einen ständig dazu bringen, länger und mehr zu arbeiten, als man eigentlich will, können hier mittel- und langfristig Gesundheitsgefährdungen vermieden oder eingedämmt werden.

Natürlich birgt eine Ausweitung von Arbeitszeitflexibilisierung immer die Gefahr in sich, dass Mitarbeiter, die mit der bisherigen z.B. +/- 30 Stundenregelung gut leben konnten, unter Druck geraten. Die Möglichkeit, gegen persönliche Arbeitszeitwünsche immer mehr Marktdruck und Kundenwünsche als vorherrschendes Regulativ für die tägliche oder wöchentliche Arbeitszeit durchzusetzen, ist auf jeden Fall gestiegen. Die SICK AG als „atmende Fabrik“ schreitet voran.

Andererseits: welcher Betriebsrat hält dem beschriebenen Druck – angesichts von Massenentlassungen in der Region – stand, wenn es darum geht, zumindest eine Zeitlang Arbeitsplätze, auch und gerade in der Produktion, zu erhalten bzw. geringfügig sogar auszubauen? Ehrlicherweise geht es da doch nur noch darum, das Schlimmste zu verhindern und gewisse Schranken oder Einspruchsrechte zu wahren bzw. in einigen Fällen sogar auszubauen (z.B. beim Ausgleichszeitraum für Gleitzeitabbau).

Wie sagte doch der inzwischen durch die Hartz-Gesetze zu trauriger Berühmtheit gelangte VW-Manager Peter Hartz so treffend: „Betriebsräte verfügen heute über alle wesentlichen Unternehmensdaten und -pläne, einschließlich der Benchmarking-Ergebnisse aus dem Global und Forward Sourcing. Sie wissen, wie schwer Kostenvorsprünge zu erreichen und zu halten sind. Und wie schmal der Grat zum Arbeitsplatzverlust ist (...). Fakten werden unausweichlich. Jenseits möglicher Überzeugungen wächst die Konvergenz. Wenn 95% der Fakten unbestreitbar bleiben, wird auch um den Rest weniger gerungen.“ (Aus: Peter Hartz, Zwischen Mitbestimmung und Co-Management – eine Ortbestimmung der Beteiligungsidee. In: Klitzke u.a. (Hg): Vom Klassenkampf zum Co-Management. Hamburg: VSA, 2000, S. 176 ff.)

In diesem Sinne kann man schon sagen, dass der SICK-Betriebsrat eher mehr „gerungen“ hat. (mab)

Ostdeutsche Textilindustrie gegen Diskriminierung bei Kreditvergabe.

– Nach Aussagen von B.

Höfer, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Nord-Ostdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie (vti) unternimmt der Verband große Anstrengungen, um das diskriminierende Branchen-Rating der Banken zu ändern. Ändere sich grundsätzlich nichts an der schlechten Einstufung der Textil- und Bekleidungsbranche, habe es jeder Unternehmer schwer, Fremdkapital zu bekommen. Man habe deshalb Gespräche mit dem Bankenverband Ost sowie dem Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband aufgenommen, um die Verantwortlichen im Finanzsektor für diese Probleme zu sensibilisieren. Die Ostdeutschen Textil- und Bekleidungsunternehmen setzen in den ersten neun Monaten 2002 gegenüber dem Vorjahr für 20 Mill. Euro mehr Erzeugnisse ins Ausland ab.

ZDH hält Ich-AG-Boom für Strohfeuer.

– HB, Mi. 7.1.04. „Da im Gegensatz zum Überbrückungsgeld bei der Ich-AG kein von fachkundiger Seite geprüfter tragfähiger Geschäftsplan vorgelegt werden muss, ist ein für den Beitragszahler teures beschäftigungspolitisches Strohfeuer zu erwarten. Zudem wird es aufgrund der Zuschüsse zu Wettbewerbsverdrängungen zu Lasten von Arbeitsplätzen in gewerblichen Unternehmen kommen“ so H.-E. Schleyer, Generalsekretär des Zentralverbandes des deutschen Handwerks. Er hält das Ziel der Hartz-Kommission, die Zahl der Arbeitslosen in drei Jahren um zwei Mill. zu senken, nicht für erreichbar. Angesichts der gestiegenen Abgabenlast, einer chronischen Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft und einer immer noch zu hohen Beschäftigungsschwelle sei nicht davon auszugehen.

BDI-Präsident fordert Änderung des Betriebsrentengesetzes.

– FAZ, Sa. 10.1.04. BDI-Präsident M. Rogowski fordert, die Verpflichtung der Unternehmen, die Betriebsrenten nach drei Jahren an die Inflations- oder Nettolohnentwicklung anzupassen, müsse gestrichen werden. Wenn das Betriebsrentengesetz nicht geändert werde, würden weitere Unternehmen diese Vorsorge kürzen oder aufkündigen.

Wirtschaft kritisiert Steuerdebatte.

– HB, Mo. 5.1.04. A. Kühn, Steuerexperte des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHT) und M. Lefarth vom Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) kritisieren „das politische Schauspiel“ der Opposition zum Jahresbeginn. Die vielen neuen Vorschläge der Parteien für eine große Steuerstrukturreform werden in der Wirtschaft immer weniger ernst genommen. *Zusammstellung: rst*



Drohender Verlust der Öffentlichkeit

In den Abschnitten 1 bis 4 der „Akzente ...“, die wir in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift besprochen hatten*, wird erkennbar, dass die Sozialdemokratie sich als Partei Funktionstragender begreift. Als solche macht sie Versprechungen an die gesellschaftliche Welt, die als Umwelt des Staates begriffen wird.

In den jetzt dokumentierten Abschnitten wird diese Konstruktion auf die Welt des Konsums und die der Arbeit übertragen. Diese Sicht hat Vorteile. Das so als Sozialstaat bestimmte System wird darauf verwiesen, Bedürfnisse in der Gesellschaft herauszufinden und deren Befriedigung zu gewährleisten. Das gibt dem Treiben der Funktionstragenden einen Sinn, der den mandatsgebenden Wählerinnen und Wählern vermittelt und von diesen als ihr eigenes Interesse identifiziert oder abgelehnt werden kann.

Das demokratische Maß geht jedoch verloren, wenn davon geredet wird, dass „demokratische Gesellschaften ... von der Idee allgemeiner und gleichberechtigter Teilhabe her geordnet“ würden (S. 6). Es bleibt in dieser Formulierung nämlich offen, von wem die politische Macht ausgeht. Im Grundgesetz heißt es: vom Volk. Wer ist das Volk? Offenbar die freien und gleichen Menschen, denn sie sind es, die wählen und abstimmen.

Demokratische Gesellschaften sind deswegen, soweit sie halt demokratisch sind, von der politischen Freiheit und Gleichheit und der Menschenwürde der Einzelnen „her“ geordnet. Die gesellschaftlichen Verhältnisse werden als ein Geflecht von Verträgen begriffen, die auflösbar sind bzw. neu formuliert werden können.

Statt dieser klaren Verhältnisse wird nun die „Teilhabe“ angeboten. Unter Teilhabe wird eine dem Einzelnen verbürgte Leistung des Staates verstanden**. Der Bürger tritt in dieser Konstellation vor allem als Antragsteller auf, der ein Recht hat, das eine Behörde dann gewährt. Der Bürger ist da bloß ein Fall, der zur Beurteilung ansteht.

Der Gedankengang der „Teilhabe“ ist auch deswegen problematisch, weil die gesellschaftlichen Beziehungen verschleiert werden. Die Beziehungen der Bürger untereinander, die z.B. vorliegen, wenn alle zur Erziehung der jüngeren Generation beisteuern, erscheinen so als Beziehungen zwischen dem Staat und Leistungsempfängern.

Die Regulierung erscheint als Tauziehen zwischen dem Staat, der die Allgemeinheit vertritt, und Interessengruppen, die etwas ausschlagen wollen. Das in Frage stehende Verteilungsproblem verliert seinen Charakter als öffentliches Problem. Die öffentliche Meinung bildet sich nicht mehr zu dem gesamten Zusammenhang, sondern zu dem Konflikt, wie er sich nun mal darstellt.

Der Staat steht mit der großen Mehrheit der nicht unmittelbar Betroffenen für die Allgemeinheit, die fragliche Minderheit steht in der Minderheit.

Das Ordnungsprinzip der allgemeinen und gleichen Teilhabe produziert keineswegs irgendeine Spielart von Demokratie. Viel eher findet man hier ein Beispiel, wie ein System, das Leistungen gewähren muss, um Legitimation durch Mehrheiten zu erhalten, dafür sorgt, dass Kritik an seinen Leistungen nicht die kritische Masse erreicht, nicht mehrheitsfähig wird.

Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass auf diesem Wege auch Leistungen entwickelt werden, die erwünscht sind. Und solange die Grund- und Menschenrechte nicht ausdrücklich hinter jenen Grundsatz zurückgestellt werden, kann die Öffentlichkeit die Übersicht im konkreten Fall zurückgewinnen und durch Wahlen und Abstimmungen einen zwar beschränkten, aber doch wirksamen Einfluss ausüben.

Bekanntlich wird bei der Wirtschaft nicht abgestimmt. Nicht in der Beziehung der Firma zum Kunden, hier gibt es ein Angebot, es kommt zum Vertrag, und es fließt Geld. Und auch nicht im Arbeitsprozess: Hier haben die Eigner des eingesetzten Kapitals das Sagen. Sie setzen dem Arbeitsprozess das sachliche und finanzielle Ziel. Wer einen Arbeitsvertrag unterschreibt, hat sich auf diese Zielvorgaben verpflichtet und erhält eine Funktion zugewiesen. Diese Funktionen können bekanntlich sehr verschieden ausfallen. Die Grund- und Menschenrechte der zum Funktionieren vertraglich Gebundenen können missachtet werden.

Lässt sich wenigstens in diesem sowieso schon engen Korridor etwas mit dem Begriff der „verantwortlichen Teilhabe“ anfangen. Kann sich unter dieser Flagge Widerstand finden?

Wer verantwortet sich? Wohl der Arbeitnehmer. Wem gegenüber? Gegenüber dem Kapital. Wer hat bzw. verkörpert das Ganze? Die Firma, vertreten durch den Chef. Wer fordert den Teil? Der Arbeitnehmer. So ist es eben?

Es ließe sich auch nach der Verantwortung der Kapitaleseite fragen. Dann allerdings müssten die Grundsätze genannt werden, unter denen sich die Kapitaleseite zu verantworten hat, und auch, wie derartige Grundsätze durchgesetzt werden könnten.

Nun ist in der fraglichen Passage nicht dieser Bereich gemeint, in dem Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital besteht. Gemeint ist eine Nische, die sich aus dem folgenden Grund auftut: Weil und soweit Lohnabhängige in Arbeitsprozessen nicht nach alle Fälle umfassenden Vorschriften vorgehen können, sondern Situationen beurteilen müssen, greift das Direktionsrecht zu kurz. Mehren sich im

Arbeitsgeschehen solche Funktionen, ändert sich was im Verhältnis der Arbeitskräfte zur Direktion, das mit Verantwortlichkeit gemeint sein wird. Aber auch in diesem Anwendungsbereich greift man damit zu kurz. Aus einer solchen Veränderung im Arbeitsprozess folgt nicht nur eigenverantwortliches Handeln im Sinne der durch die Direktion vorgesetzten Ziele, sondern auch verantwortliche Reflexion dieser Ziele und die Möglichkeit, eine solche Kritik wirksam zu machen.

Wenn es in dem SPD-Papier also heißt, der ins Auge gefasste Weg berühre nicht die gegebenen Eigentumsrechte (S. 8), ergibt sich eine sehr eingeschränkte Art von Verantwortlichkeit.

An welchem Begriff man den Text auch anfasst, immer führt die Entwicklung des Gedankens zu einer Grundstruktur, die unverrückbar fest steht. Die Gesellschaft stellt sich als Gefüge von staatlichen und wirtschaftlichen Organisationen dar. Unklar ist, wie die Personen die Kontrolle über jene Institutionen gewinnen sollten (es sei denn dadurch, dass sie an die Spitze einer solchen Institution treten, siehe Schröder).

Es fragt sich, ob die SPD-Strategen versuchen, aus einer schlechten Lage das Beste zu machen, oder ob sie die Lage nicht richtig beurteilen. Man darf hoffen, dass der zweite Punkt gegeben ist.

Die handgreifliche Festigkeit der sozialen Systeme, für die die Personen, aus denen sie bestehen, nur auswechselbare Elemente sind, verdeckt leicht den Blick dafür, dass die Menschen, als „psychische Systeme“ keineswegs mit Haut und Haar in jenen Systemen aufgehen. Sie bleiben zur Reflexion ihrer Bestimmung im System fähig. Daraus ergibt sich die Chance zur Öffentlichkeit. Als Öffentlichkeit können die Menschen, die in den sozialen Systemen funktionieren, die Leistungen solcher Systeme in den Blick nehmen und zu Meinungen gelangen, die sie im politischen Kampf auch durchsetzen.

Als Teilöffentlichkeit, die sich wenigstens branchenweit über die Grenzen des einzelnen Betriebs hinaus bildet, kann z.B. auch die Gewerkschaftsbewegung auf das betriebliche Geschehen Einfluss nehmen.

Das Ordnungsprinzip der Teilhabe führt bestenfalls in die Irre, weil es von dem Augenschein der Übermacht der sozialen Systeme ausgeht und unter dieser Bedingung für den Einzelnen etwas herauszuschlagen sucht.

Es bleibt zu hoffen, dass der Diskussionsprozess der SPD zu einer Strategie führt, die dann doch noch die Bedeutung Öffentlichkeit, das Medium der mündigen Bürgerinnen und Bürger zu schätzen weiß.

alk, maf

* Berichtigung: In PB 26/03, S.18, Absatz 3 heißt es falsch, „... um die von Searle entwickelte und von Luhmann für Deutschland ausgebaut Systemtheorie“. Richtig muss statt Searle T. Parsons stehen. Der ärgerliche Fehler hat sich aus einer Kürzung ergeben.

**** Deutsches Rechtslexikon, Verlag C.H. Beck, München 1992, Bd. 2, S. 310: „Je stärker der moderne Staat sich der sozialen Sicherung und kulturellen Förderung der Bürger zuwendet, desto mehr tritt im Verhältnis zwischen Bürger und Staat neben das ursprüngliche Postulat grundrechtlicher Freiheitssicherung vor dem Staat die komplementäre Forderung nach grundrechtlicher Verbürgung der Teilhabe an staatlichen Leistungen ...“**

Dokumentation (Teil II von III)

Akzente eines neuen Grundsatzprogramms der SPD

5. Soziale Demokratie und Wirtschafts-demokratie

Die Bundesrepublik hat sich über die Jahrzehnte hinweg zu einer stabilen demokratischen Gesellschaft entwickeln können. Wurden zunächst die auf den Staat bezogenen Bereiche demokratisch geordnet und dadurch an die Souveränität der Bürgerinnen und Bürger gebunden, so wurden mit unseren Reformen zunehmend auch andere Bereiche, wie etwa Schule und Hochschule oder die Betriebe stärker demokratisiert. Für diese Ausweitung der Demokratie haben sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unter Willy Brandt unter dem Mottolo „Mehr Demokratie wagen“ engagiert.

Nur in einer demokratischen Gesellschaft lässt sich unser Ziel allgemeiner und gleichberechtigter Beteiligung verwirklichen. Deshalb setzen wir das Projekt „Mehr Demokratie wagen“ auch im 21. Jahrhundert fort. Wir sehen uns gefordert, die politischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger auszubauen sowie deren materiellen Voraussetzungen zu gewährleisten. Dabei halten wir insbesondere die demokratische Kontrolle der marktwirtschaftlich verfassten Ökonomie gerade wegen der Globalisierung für notwendig und erweiterungsfähig.

Soziale Demokratie

Demokratische Gesellschaften werden von der Idee allgemeiner und gleichberechtigter Teilhabe her geordnet. Dazu wird zunächst der Staat, dann auch andere gesellschaftliche Bereiche an öffentliche Entscheidungsprozesse gebunden. Bürgerinnen und Bürgern werden gleiche Mitwirkungsrechte eingeräumt.

Mit der Gewährung gleicher Rechte ist es aber nicht getan, da gleiche Rechte auch gleichberechtigt verwirklicht werden müssen. In einer demokratischen Gesellschaft haben daher gleiche Rechte auch gesellschaftliche Voraussetzungen, zu denen nicht zuletzt die gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum sowie eine Verringerung der sozialen Ungleichheiten gehört. So wie sich die Bürgerinnen und Bürger nur über den Rechtsstaat gleiche Rechte der Beteiligung zusprechen können, so brauchen sie

den Staat auch dazu, die gesellschaftlichen, zumal die verteilungsbezogenen Voraussetzungen dieser Rechte zu gewährleisten.

Unser Sozialstaat ist, wie auch der Rechtsstaat, eine „Geschäftsgrundlage“ der Demokratie, wenngleich er dazu – wie übrigens auch der Rechtsstaat – immer wieder modernisiert werden muss. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begreifen daher den Staat nicht in konservativer Manier als Spitze der Gesellschaft, aber auch nicht in liberaler Weise als eine Art Dienstleister seiner Bürgerinnen und Bürger. Wir bestimmen vielmehr den Staat in erster Linie als ein Instrument der Bürgerinnen und Bürger, die eigene Gesellschaft nach Gemeinwohl zu bestimmen. Den Sozialstaat messen wir auch daran, ob er seine Aufgabe, die materiellen Voraussetzungen gleicher Beteiligungsrechte zu gewährleisten, erfüllt.

Soziale Demokratie heißt für uns nicht nur, die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Demokratie immer wieder zu gewährleisten, sondern auch, sich für die Ausweitung der Demokratie über den auf den Staat bezogenen politischen Bereich hinaus in allen Bereichen der Gesellschaft zu engagieren. Dabei wissen wir, dass nicht überall die gleichen Regeln gelten müssen, um die Souveränität von Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Bei der weiteren Demokratisierung dieser Gesellschaft geht es daher nicht um die Ausweitung des im Bereich des Staates bewährten Regelwerks, sondern darum, jeweils passende Regelwerke zu finden. /6/

Wirtschaftsdemokratie

Die privat- und marktwirtschaftliche Ordnung und die demokratische Ordnung von Gesellschaft und Staat orientieren wir an der gleichen Freiheitsidee. Gleichwohl stehen privatwirtschaftlich verfasste Volkswirtschaft und demokratische Gesellschaft in einer Spannung, die wir durch das demokratische Prinzip allgemeiner und gleichberechtigter Beteiligung aufzulösen suchen. Diesen Weg der SPD zu mehr Wirtschaftsdemokratie setzen wir auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts fort. Wir müssen ihn jedoch angesichts veränderter Bedingungen neu bestimmen.

Für uns heißt Wirtschaftsdemokratie, dass die

- Bürgerinnen und Bürger ihren Status auch als Konsumenten sowie als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausfüllen können, und
- privatwirtschaftlichen Aktivitäten am gesamtgesellschaftlichen Interesse ausgerichtet werden, ohne deren Dynamik zu schwächen.

Beide Wege der Wirtschaftsdemokratie werden in der Bundesrepublik Deutschland längst beschritten. Auf beiden Wegen wurde bereits viel erreicht. Im Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ wurde die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Kontrolle der privatwirtschaftlich verfassten Volkswirtschaft anerkannt und

entsprechende Steuerungsinstrumente geschaffen. Insbesondere wurden die Arbeitsbeziehungen sowohl auf betrieblicher, wie auf unternehmensbezogener und überbetrieblicher Ebene geregelt – und zwar nicht allein durch staatliche Vorgaben, sondern ebenso durch vertragliche Regelungen. Die Machtverhältnisse in den Betrieben und Unternehmen wurden zwischen den beiden Parteien des Arbeitsmarktes so geordnet, dass sie sich als Vertragsparteien annähernd gleichberechtigt gegenüberstehen und Verträge aushandeln können.

Auf dem weiteren Weg zu mehr Wirtschaftsdemokratie müssen vor allem drei Herausforderungen bewältigt werden:

- Erstens sind es die gewachsenen Ansprüche der einzelnen auf eine verantwortliche Teilhabe auch in ihrem Arbeitsleben.
- Zweitens ist es der Versuch, im Zuge des globalen Strukturwandels und der Internationalisierung privatwirtschaftlicher Aktivitäten sich der gesellschaftlichen Kontrolle zu entziehen – und mehr noch: deren Einfluss auf politische Entscheidungen und gesellschaftliche Entwicklungen zu verstärken.
- Drittens droht die Entwicklung hin zu einem ungehemmten „Finanzkapitalismus“, in dem der Einfluss der Geldbesitzer auf die Betriebe und Unternehmen und darüber auch ihr gesellschaftlicher Einfluss übermächtig und die bereits erreichte Teilung von wirtschaftlicher Macht untergraben und die Entwicklung von mehr Wirtschaftsdemokratie unmöglich wird. /7/

Angeichts dieser Herausforderungen halten wir es für notwendig, die Beteiligungs- und Autonomieansprüche der Menschen zu erweitern und in entsprechende Rechte und Pflichten zu übersetzen. Dies betrifft etwa die Rechte von Konsumenten gegenüber den Anbietern privater Güter und Dienstleistungen, aber auch die der Konsumenten öffentlicher Güter. Und es geht um die Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten von Beschäftigten in ihren Betrieben und Unternehmen. Notwendig sind weiterhin kollektive soziale Organisationen, über die die einzelnen ihre Rechte organisieren und ihre Einflussmöglichkeiten bündeln können. Das sind vor allem die Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wichtige Elemente der bereits etablierten Wirtschaftsdemokratie sind die Tarifautonomie und Mitbestimmung. Beide Instrumente haben sich in der Geschichte der Bundesrepublik bewährt. Deshalb verteidigen wir sie ausdrücklich gegenüber konservativen und wirtschaftsliberalen Angriffen. Die Autonomie der Sozialpartner bei der Aushandlung kollektiver Arbeitsverträge, d.h. der Schutz entsprechender Verhandlungen vor staatlichen Auflagen und mehr noch die staatliche Anerkennung der Verhandlungsergebnisse, sichern wirtschaftlich

vernünftige und gleichzeitig gesellschaftlich akzeptierte Bedingungen der Arbeit. Über die Mitbestimmung werden die Beteiligungsrechte der Beschäftigten auf eine transparente Weise geregelt. Diese Beteiligungsrechte müssen den veränderten Bedingungen, etwa der zunehmenden tarifpolitischen Verantwortung der Betriebsparteien, angepasst werden. Wir sehen deshalb die Notwendigkeit, die Mitbestimmung in Deutschland weiterzuentwickeln und dabei auszubauen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für den Ausbau der europäischen Schutzrechte und Beteiligungsmöglichkeiten ein. Über die Europäische Union muss eine Europäisierung der Mitbestimmung betrieben werden. Die EU ist ein wichtiger Motor der Internationalisierung privatwirtschaftlicher Aktivitäten. Umgekehrt muss die Union der europäischen Staaten auch zu einem wirkmächtigen Instrument gemacht werden, privatwirtschaftlichen Aktivitäten in soziale und gesellschaftliche Vorgaben einzubinden.

Unser Weg zu mehr Wirtschaftsdemokratie berührt nicht die gegebenen Eigentumsrechte. Das Recht, privates Eigentum nach eigenem Interesse einzusetzen und dadurch Gewinne zu erzielen, wird weder durch die Teilung von wirtschaftlicher Macht noch durch gesellschaftliche Auflagen für privatwirtschaftliche Aktivitäten beschränkt. Im Gegenteil: Wir sehen dazu auch einen Beitrag, für alle mehr Eigentum und Vermögen zu bilden.

Der Entwicklung hin zu einem „Finanzkapitalismus“ kann nur durch internationale Kooperation begegnet werden. Für die Europäische Union sehen wir darin eine ihrer größten Aufgaben. Durch eine entsprechende Ordnung der Finanzmärkte ist die Macht der Betriebe und Unternehmen zu stärken, sich der kurzfristigen Interessen der Anteilseigner zugunsten eigener Innovations- und Investitionsinteressen zu erwehren. Überdies muss die Stabilität der Finanzmärkte /8/ gestärkt werden, um die Gewinnmöglichkeiten von Aktivitäten zu verringern, die Krisen und Instabilitäten nutzen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten drängen auf eine breitere Streuung von Vermögen in den Händen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um sie auf diesem Wege nicht nur am wirtschaftlichen Wachstum, sondern auch an der Verfügungsmacht zu beteiligen. Auf diesem Weg können nur langfristig Erfolge erzielt werden. Neben einer breiteren Streuung der Vermögen setzen wir auch darauf, Eigentumsrechte und Verfügungsgewalt über das Vermögen zwischen Vermögensbesitzern und den von ihren Entscheidungen Betroffenen, also mit dem so genannten „Stakeholder“, stärker zu teilen.

Die Mitglieder der „Redaktionsgruppe Programmkommission“ der SPD: Detlev Albers, Gernot Erler, Michael Müller, Johano Strasser, Wolfgang Thierse, Heidemarie Wiczorek-Zeul

Linke Alternative bei Hamburger Bürgerschaftswahlen

Sammlungsbewegung versus Tendenzkandidatur

Die Hamburger PDS hat auf ihrer Landesversammlung am 5. Januar beschlossen, auf eine eigene Kandidatur zu den vorgezogenen Bürgerschaftswahlen Ende Februar zu verzichten. Mit großer Mehrheit – zu einer ordentlichen Zweidrittelmehrheit fehlte lediglich eine Stimme – sprach sich die Mitgliederversammlung aus für die Unterstützung der „bisherigen Bemühungen zur Bündelung der Kräfte links von SPD und GAL, um damit eine wählbare Alternative zur Bürgerschaft unter dem ‚Mantel‘ der WählerInnenvereinigung Regenbogen zu etablieren“. Daneben tritt die PDS voraussichtlich in zwei Bezirken mit Offenen Listen zur Kommunalwahl an. In den anderen Bezirken stellt die Wählergemeinschaft Regenbogen die offenen Listen.

Bei der vorangegangenen Bürgerschaftswahl 2001 hat Regenbogen (trotz vorangegangener Prognosen von über vier Prozent) schließlich 1,7 Prozent aller gültigen Stimmen erreicht. Ein Teil der Hamburger PDS unterstützte damals die WählerInnenvereinigung, die aus einer Abspaltung von der GAL hervorgegangen war, und kandidierte auf ihren Listen. Eine Strömungen in der Partei (Liste LINKS) bestand auf ihrer Selbstinszenierung als „eigenständige sozialistische Kraft“ und verhalf der Hamburger PDS zu einem Rekordtief (0,4 Prozent).

Verglichen mit der Situation vor zwei Jahren steht die Hamburger Linke heute vor einer vielleicht sogar noch schwierigeren Situation. Der Einzugs einer linken Kraft in die Bürgerschaft ist ausgeschlossen, und eine kommunale Wahlrechtsnovelle, welche die Prozentklausel in den Bezirken senkt, kommt bei der vorgezogenen Wahl noch nicht zum Tragen. Die Drohung einer Neuaufgabe des Rechtssenates hängt wie ein Damoklesschwert über der Stadt und verengt die Landtagswahl in vielen Köpfen auf eine Entscheidung über das Regierungspersonal. Das *Hamburger Abendblatt* sieht in einer in Auftrag gegebene Umfrage vom 9.1.2004 die Union bei 47 Prozent und damit deren absolute Mehrheit in greifbarer Nähe. Demnach fiele die SPD weiter auf 30 Prozent und die GAL hält sich bei 11 Prozent. Die FDP und die Partei Rechtstaatliche Offensive werden zur Zeit mit je 2 Prozent gehandelt, das Fusionsprojekt Pro DM/Schill sogar mit 4. Die Linke wurde bei dieser Befragung nicht berücksichtigt, für sie bleibt aber ohnehin der „Weg das Ziel“, und tatsächlich sieht es so aus, dass sich die verschiedenen Strömungen der Hamburger Linken diesmal auf ein gemeinsames Vorgehen zur Bürgerschaftswahl einigen.

Dem Mitgliederentscheid der PDS war eine gut besuchte Veranstaltung vorausgegangen, zu der die PDS zusammen mit der linksalternativen WählerInnenverei-

nigung Regenbogen am 18.12. eingeladen hatten. 300 Interessierte kamen und diskutierten die Frage: „Braucht Hamburg eine linke Wahlalternative“. Angetreten waren so ziemlich alle verbliebenen Gruppen und Parteien der sozialistischen Linken. Die SAV erschien in doppelter Mannschaftssportstärke, dafür war die DKP schneller am Aufschlag und als erste am Saalmikro. Linksruck verkaufte Linksruck, und die jeweiligen Bekenntnisgewerkschaftler outeten am Ende ihrer Beiträge ihre Parteizugehörigkeit, sicher ist sicher.

Ein solches Szenario hat mit der einer „partei- und ideologieübergreifende Alternative für Menschen in der Stadt“ wenig gemein. Aber natürlich gab es auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer ohne parteipolitische Direktiven. Beispielsweise der Kollege, der sich dem Sozialforum zurechnet und für eine linke Bündniskandidatur plädierte, oder auch die Sprecherin, die für den Flüchtlingsrat erklärte, man wolle gern mit, sonst aber auch ohne eine linke Alternative im anstehenden Wahlkampf die drohende Massenabschiebung von Roma thematisieren.

Den realexistierenden Formationen von PDS, SAV, RSB, DKP, Linksruck, Regenbogen oder [solid] liegen jeweils unterschiedliche politische und strategische Vorstellungen zu Grunde. Die Unterschiede bestimmen das Verhältnis untereinander und führen oft auch zu einem spannungsvollen Verhältnis von parteiförmigen zu überparteilichen Projekten (Flüchtlingsrat, Sozialpolitische Opposition). Für soziale Bewegungen sind Wahlen als Phasen erhöhter politischer Aufmerksamkeit interessant. Für Parteien ist das Verhältnis zu Wahlen ein unmittelbares und von existenzieller Bedeutung. Das Gerede von einem „wirklich gleichberechtigten Bündnis“, wie im Plenum und auf dem Server von Indymedia beschworen, vermeidet teils unbedarft, teils vorsätzlich die Frage, auf welche Voraussetzungen sich eine linke Bündniskandidatur stützen kann und stützen muss. Die „Geschäftsgrundlage“ darzustellen, also zu erklären, was kann, was muss, und was anderenorts entschieden wird, hatten die Veranstalter fahrlässigerweise gering geschätzt und damit ein gutes Maß an Glaubwürdigkeit eingebüßt.

Für Regenbogen hängt von einem wahrnehmbaren Auftreten im Bürgerschaftswahlkampf nicht weniger als der Fortbestand der eigenen politischen Formation ab. Mit einem radikaldemokratischen Selbstverständnis, das sich weniger als Partei, sondern selbst bereits als Netzwerk begreift, wird Regenbogen von Mitgliedern und Anhängern an realen Erfolgen (wie der auch immer bestimmt wird) gemessen. Für die PDS wiederum steht die Bürgerschaftswahl ganz im Zei-

chen des unmittelbar anschließenden Europawahlkampfes. Dort will man als Teil der Fraktion der Vereinigten Linken ein Stimmergebnis über fünf Prozent in die europäischen Sammlungsbewegung von Sozialisten, linken Sozialdemokraten, Grünen, kommunistischen Parteien und progressiven Bewegungen einbringen. Zugleich stellt das selbstbesteckte Ziel von fünf und mehr Prozent einen Gradmesser für die Überlebensfähigkeit der PDS als sozialistische Partei mit gesamtdeutscher Ausrichtung dar.

Vor diesem Hintergrund stellt die Wilenserklärung der beiden Organisationen, „nicht gegeneinander kandidieren zu wollen“, einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt da. Dass sich Partei und Wählerinnenvereinigung die Steuerung des Prozesses vorbehalten und wenig Neigung zeigen, sich von einem nach Tagesform zusammengesetzten Plenum ihre Beschlüsse in diktieren zu lassen, ist verständlich und, ehrlich gesagt, ohne Alternative. Über eine jeweilige Eigenkandidatur entscheiden souverän die Mitglieder und – ob das einem gefällt, oder nicht – sonst niemand.

Die SAV, die in Köln, Hamburg und Berlin zur Zeit für linke Wahlbündnisse „Gegen Sozialabbau“ eintritt, verfolgt damit sehr spezielle Ziele sowie ihren Parteaufbau¹: „Zumindest in den nächsten zwölf Monaten [sind] außer bei Wahlbündnissen auf kommunaler Ebene – keine konkreten Schritte hin zu einer neuen Arbeiterpartei zu erwarten“. Solange soll die Bewegung gegen Sozialabbau bis hin zu einem eintägigen Generalstreik ausgebaut werden. Außerdem müssen die Bewegungen an der „Arbeiterklasse“ orientiert werden, und schließlich sei „die Notwendigkeit einer neuen politischen Interessenvertretung, einer neuen Arbeiterpartei – mit sozialistischem Programm – herauszustellen“. Die Arbeiterpartei nehme dann Linke aus SPD, Grünen und PDS auf, sofern diese mit ihrer Herkunft brechen².

Wohin solche Tendenz- und Organisationsbündnisse führen, vermag vielleicht ein Blick zu die großen Bruder- und Schwesterorganisationen auf der anderen Seite des Kanals erhellen. Nachdem die englische SWP (Linksruck nahestehend) seit 2001 auf eine Beteiligung an der „nicht-stalinistischen“ Sammlungsbewegung „Sozialistische Allianz“ orientiert, ist die zweitgrößte Tendenzströmung, die Socialist Party (SAV nahestehend), wieder ausgetreten. Die International Socialist Group (RSB nahestehend) ist noch drinnen, kritisiert aber die Dominanz durch die SWP und spricht sich für die Transformation des Wahlbündnisses in eine linkssozialistische Partei aus. Andere Vierte Internationalisten versuchen, aus der Allianz eine Partei revo-

lutionären Typs zu formieren, und so weiter, und so fort.

Auf dieser Seite des Kanals ist bei der DKP die Bereitschaft zu der „breiten, übergreifenden Gemeinsamkeit“ ebenfalls wenig ausgeprägt. Im Parteivorstand der DKP bastelt man zur Zeit an einer Kampfkandidatur gegen die PDS zur Europawahl und droht auch in Hamburg für den Fall, dass die PDS anzutreten gedenkt, mit einer Gegenkandidatur. Die DKP, so Olaf auf der Versammlung, unterstütze eine offene Liste unter dem Dach von Regenbogen. Das hätte dann den ganz praktischen Vorteil, die ungeliebten Trotzlisten auf Distanz zu halten, und zudem den Effekt, alle Kapriolen mit „regionalen Besonderheiten“ erklären zu können. Andernfalls käme die DKP auch in arge Erklärungsnot, wenn sie im Zeitraum von weniger als einem halben Jahr einmal zur Wahl der PDS aufruft und anschließend erklärt, dass „ein Aufruf zur Wahl der Partei des Demokratischen Sozialismus diesmal nicht in Frage kommt“³.

Seit 1989 ist in der Linken der Wunsch nach Zusammenarbeit gewachsen, und zwischen den genannten Organisationen hat sich die Zusammenarbeit auch in der Praxis verfestigt. Das ist gut so und wird und muss auch in Hamburg fortgesetzt werden! Andererseits lassen sich jahrzehntelang gewachsene Politikangebote und Organisationen nicht innerhalb weniger Wochen, Monate mittels Wollen und Wünschen auf einen gemeinsame Nenner herunter brechen.

Inzwischen bin ich grundsätzlich skeptisch, ob sich eine gemeinsame Zielorientierung überhaupt noch als ein Konsensverfahren, also als ein Vereinheitlichungsprozess über eine Programmdiskussion, vorstellen lässt. Deshalb wäre es mir wichtig, dass ein gemeinsames linkes Projekt jedem und jeder die Möglichkeit, „es anders zu machen“, lässt. Eine sozialistische „Programm-“ oder „Tendenzkandidatur“ mittels einer Partei alten Typs macht deshalb keinen Sinn. Eine Sammlungsbewegung aus der Bewegung heraus wäre ernst zu nehmen, ist aber nicht in Sicht. Deshalb kann es bei der Suche nach einer geeigneten Form der Kandidatur einzig darum gehen, ob es Regenbogen oder eher der PDS zuzutrauen ist, die unterschiedlichen politischen Strömungen, sozialen Milieus und Interes-

sen anzusprechen und einzubeziehen.

Vielen Mitgliedern der PDS ist der Verzicht auf ihre Eigenkandidatur nicht leicht gefallen, und vielleicht bringt gerade das die notwendige Glaubwürdigkeit mit ein, sich nicht in Konkurrenz zu definieren. Vielleicht besteht ja über den Wahlkampf wirklich noch die Chance, den Prozess der Kooperation linker Opposition in der Stadt zu befördern. Verdient hätte wir das.

kun

Anmerkungen und Quellen:

- 1 Wie sich die SAV den Stufenplan von der Zusammenarbeit hin zur Führung der Bewegung vorstellt beschreibt Aron Amm in „Arbeiter ohne Partei“, Solidarität Nr.14/2003: „Es wird eine Reihe verschiedener Ausgangspunkte für das Entstehen einer neuen Arbeiterpartei geben. (...) Wahrscheinlich, dass es zu solchen Initiativen zunächst vereinzelt auf lokaler Ebene kommt. (...) So ist es zum Beispiel nicht ausgeschlossen, dass aus dem gegenwärtig entstehenden Berliner Sozialforum angesichts der rigorosen Rotstiftpolitik unter SPD und PDS eine eigenständige Liste bei den nächsten Wahlen hervorgeht. (...) Eine neue Massenpartei der Arbeiterklasse, oder erste konkrete Ansätze dafür, wären ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein sozialistisches Programm vertreten würden. Sie würde den Rahmen dafür bieten, Diskussionen zu ermöglichen, gemeinsam Kämpfe zu führen und zu bilanzieren und aus diesen Erfahrungen heraus die nötigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Um den Kapitalismus zu stürzen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es jedoch einer revolutionär-sozialistischen Partei mit massenhafter Unterstützung. Darum baut die SAV eine solche revolutionär-sozialistische Partei auf. Darum werden die Mitglieder der SAV aber auch nicht nur konstruktiv mitarbeiten bei der Schaffung einer neuen breiten Formation der Arbeiterklasse, sondern gleichzeitig in einer solchen Organisation für anti-kapitalistische Schlussfolgerungen und für ein konsequent sozialistisches Programm eintreten.“
- 2 Die Resolution des SAV Bundesvorstandes „Zur Lage in Deutschland“ vom 7. Dezember 2003, unter <http://www.sav-online.de> analysiert die aktuelle Großwetterlage so: „Es ist nicht exakt vorherzusagen, welches Ausmaß die Kämpfe in den nächsten Monaten annehmen werden. Es hat aber eine neue Phase des Klassenkampfes begonnen, die geprägt sein wird von einer qualitativen Zunahme von Mobilisierungen und Streiks. Die Radikalisierung und die Kampfbereitschaft in der Arbeiterklasse führen dazu, dass die Frage von Massenstreiks und einem eintägigen Generalstreik im Raum steht. (...) Gleichzeitig sind zumindest in den nächsten zwölf Monaten – außer bei Wahlbündnissen auf kommunaler Ebene – keine konkreten Schritte hin zu einer neuen Arbeiterpartei zu erwarten. Beim weiteren Anstieg von Kämpfen gegen die SPD-geführte Bundesregierung wird der Diskussionsbedarf, (der schon am 1. November existierte), darüber zunehmen, was auf einen Sturz von Rot-Grün folgen soll. (Trotz bestehender Unterschiede zwischen SPD und PDS führte ebenfalls der jüngste PDS-Bundesparteitag vor Augen, dass auch hier die Parteilinke zu wenig Substanz hat, um Kursveränderungen der Gesamtpartei bewirken zu können).“
- 3 Der stellvertretende DKP-Parteivorsitzende Rolf Priemer zur Europawahl, nach: Politische Berichte 26/03 vom 19.12.2003, Seite 16.



Die EU bekämpfen – mit welchem Ziel?

Drei lesenswerte Beiträge zur Kritik der deutschen Europastrategie vereint eine im GNN-Verlag in Hamburg erschienene, mit 5 Euro erstaunlich preiswerte Broschüre unter dem Titel „Die EU, ‚Kerneuropa‘ und die Osterweiterung“. Drei Beiträge zu wichtigen und hoch aktuellen Diskussionen rund um die EU finden sich darin.

Frank Pieper, der Herausgeber, analysiert die Kontinuitätslinien deutscher Expansionspolitik unter der Überschrift „100 Jahre Weltmachtstreben. Deutsche Mitteleuropa vom Kaiserreich bis Joschka Fischer“. Beginnend mit dem Großmachtbestrebungen des Kaiserreichs (ein „Platz an der Sonne“) über die Kriegszieldenkschriften Bethmann-Hollwegs und anderer sowie Friedrich Naumanns „Mitteleuropa“-Programm im ersten Weltkrieg (Namensgeber der FDP-nahen „Friedrich-Naumann-Stiftung“), die Ziele der während der Weimarer Republik von Graf Coudenhove-Kalergi gegründeten „Paneuropa-Union“ und die Großraumwirtschaftspläne des faschistischen Deutschen Reiches, die Reintegrationspolitik Adenauers und Erhards, die mittels Montanunion und EWG der Rückkehr der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Konzerne in die internationale Politik den Weg bahnten, zeichnet der Autor ein fakten- und materialreiches Bild deutscher Hegemonialpolitik im letzten Jahrhundert, die, so seine These, mit dem Lamers-Schäuble-Papier von 1994 zur Weiterentwicklung der EU und der Fischer-Rede vom 12. Mai 2000 über das künftige Europa in der Berliner Humboldt-Universität eine hundertjährige Tradition deutscher Hegemonialpolitik fortsetzt.

Zum Widerspruch, vor allem aber zur Forderung nach Präzisierung provoziert am Ende dieses Aufsatzes das Fazit des Autors. Er schreibt: „Eine EU, die nur danach trachtet, die Kapitalverwertungsbedingungen zu verbessern und dafür die Lebensbedingungen der überwiegenden Mehrheit der Menschen in ihren Mitgliedsstaaten verschlechtert, eine EU, die bei der Ausbeutung der Welt nicht nur mitmisch, sondern zunehmend die Führung übernimmt und auch militärisch eine Weltmachtrolle anstrebt, eine EU, die weltweit für Hunger und Kriege verantwortlich ist, die aber die daraus entstehenden Migrationsbewegungen an ihren Grenzen mit Polizei- und Militärgewalt aufzuhalten gedenkt kann niemals eine Alternative zum ‚Weltpolizisten‘ USA sein. Die EU muss bekämpft werden.“ (S. 35/36)

Daran ist vieles richtig. Aber dass die EU „die Lebensbedingungen der überwiegenden Mehrheit der Menschen in ihren Mitgliedsstaaten verschlechtert“,

trifft schlicht nicht zu. Hier überzieht der Autor.

Interessanter aber ist eine andere, mit diesem Fazit eng verbundene politische Frage: Die EU (bzw. ihre Politik) zu bekämpfen ist sicher auf vielen Gebieten richtig. Aber mit welchem Ziel? In der Tageszeitung „junge welt“ propagierte unlängst ein Autor nach dem Scheitern des EU-Verfassungsgipfels die Parole „Raus aus der EU!“ Eine „wirkliche europäische Volksbewegung“ von Globalisierungsgegnern und anderen, schrieb er, müsse sich dieses Ziel auf die Fahnen schreiben – „von Athen bis Stockholm, von Lissabon bis Berlin“. (Werner Pirker in: junge welt, 15.12.2003)

Ist so etwas – faktisch ja wohl die Forderung nach Rückfall in die alten Nationalstaaten, womöglich auch noch verbunden mit der Rückkehr vom Euro zur D-Mark – heute noch ein linkes politisches Projekt? Oder sollten Linke nicht vielmehr innerhalb der EU kämpfen, für eine andere europäische Politik, eine andere europäische Verfassung, eine andere europäische Gesellschaftsordnung eintreten? Also „in der EU“, „durch sie hindurch“ und „über sie hinaus“? Viele Linke werden sich noch an Lenins Urteil über die Vereinigten Staaten von Europa als vorübergehendes, instabiles und reaktionäres Projekt erinnern. Gegen die Übertragung dieses alten Urteils auf die heutige EU spricht vieles, vor allem eins: die EU ist sicher von vielen inneren Widersprüchen durchzogen, aber „instabil“ im Leninschen Sinn kann dieser Staatenblock nach inzwischen über 45 Jahren nicht genannt werden – zumal nicht nach dem Untergang des RGW. Was also ist die EU heute und welche Strategie und Politik sollten Linken gegen solch einen Großraum-Blockstaat einschlagen? Dieser wichtigen Frage weicht der Autor am Ende seines materialreichen und lesenswerten Aufsatzes leider aus.

Christiane Schneider befasst sich im zweiten Aufsatz unter dem Titel „EU auf dem Weg zur ‚Supermacht‘“ mit der zunehmenden Militarisierung der EU. Auch dieser Aufsatz wendet sich – ebenso wie die beiden anderen – gegen Tendenzen der Schönfärberei der deutschen Außen- und Militärpolitik wie gegen Schönfärberei und Bagatellisierung der Ziele anderer europäischer Staaten, insbesondere Frankreichs. Die Autorin dokumentiert, dass insbesondere die deutsch-französische sog. „Sicherheitspartnerschaft“ seit langem eine systematische Militarisierung der EU betreibt. In „infamer Weise“ hätten die deutsche und französische Politik im Kontext des Irak-Krieges der US-Allianz ihre eigene hegemoniale Politik weiter verfolgt und die Militarisierung der EU weiter vorangetrieben, während sie nach außen hin sich scheinbar dem Friedenswillen großer Bevölkerungsteile der EU anschlossen.

Wie verbreitet diese Tendenz der Bagatellisierung europäischer militärischer

Frank Pieper (Hg.)
Holger Kuhr
Christiane Schneider

Die EU, „Kerneuropa“ und Osterweiterung

Geschichte, Entwicklung
und Perspektive eines
imperialistischen Blocks
unter deutsch-französischer
Hegemonie



Frank Pieper

100 Jahre Weltmachtstreben

Deutsche Mitteleuropakonzepte vom
Kaiserreich bis Joschka Fischer

Christiane Schneider

EU auf dem Weg zur „Supermacht“ „Kerneuropa“ und Militarisierung

Holger Kuhr

Peripherisierung und avantgardistische Finalität

Die Berliner Europa-Politik und
die EU-Osterweiterung

112 Seiten, Preis 5 €, ab 3 Ex.: 3,50 €
plus Versandkosten

Zu beziehen bei: GNN-Verlag,
Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg
Fax (0 40) 43 18 88 21
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de

Politik auch auf der Linken noch heute sind, dokumentierte beispielhaft im letzten Jahr der langjährige „Konkret“- und „jungle world“-Autor Jürgen Elsässer, als er in der „jungen welt“ über den Vierergipfel der EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg Ende April in Brüssel spöttisch urteilte: „Außer Spesen nichts gewesen“. Die Beschlüsse des Vierergipfels müssten weder bei den USA noch bei der Friedensbewegung „die Alarmglocken schrillen lassen“, schrieb er damals. Kein Grund zur Aufregung waren für den Autor u.a. die Beschlüsse zur Errichtung eines europäischen Lufttransportkommandos bis Juni 2004, gemeinsame Maßnahmen zum Schutz vor ABC-Waffen und die Bildung einer „humanitären“ Eingreiftruppe und eines diese kommandierenden Generalstabes. („Entwarnung bei NATO. Vierergipfel zur europäischen Militärpolitik bekräftigte nur alte Beschlüsse“, Jürgen Elsässer in „junge welt“, 30.4.2003)

Andere Autoren in anderen Zeitungen gehen noch viel weiter. In sozialdemokratischen und Gewerkschaftskreisen etwa verbreiten Leute ganz offen die Ansicht, die EU müsse eine „Gegenkraft“ gegen die USA bilden, auch auf militäri-

schem Gebiet. „Gegenkraft“ mit welchem Ziel? Mit dem Ziel einer Entmilitarisierung der internationalen Politik sicher nicht. Die ausdrückliche Auseinandersetzung mit solchen „Gegenkraft“-Positionen kommt in dem für die Kritik europäischer Militärpolitik ansonsten verdienstvollen Aufsatz leider etwas kurz.

Weiter diskutiert werden sollte auch die These der Autorin, die „Nachbarschaftsstrategie“ der EU zielt auf die Errichtung „eines Systems von Staaten erster, zweiter und dritter Ordnung“ am Rande der EU und beinhalte das Szenario „einer letztlich endlosen Kette von europäischen Grenzkriegen bzw. Bürgerkriegen an der Peripherie, außerhalb oder auch innerhalb der EU.“ (S. 53) Sicherlich rüstet die EU für eine solche Situation. Aber ist der Vorwurf nicht dennoch überzeichnet? Wo bleiben bei solchen Szenarien die kommerziellen Absichten der EU bzw. der europäischen Konzerne? Krieg und Geschäft müssen sich bekanntlich nicht ausschließen. Aber die kommerziellen und militärischen Absichten der EU gegenüber Russland und dem arabischen Raum genauer zu untersuchen, dürfte sich lohnen.

Unter dem Titel „Peripherisierung und avantgardistische Finalität“ befasst sich der dritte Autor, Holger Kuhr, ausführlich insbesondere mit der wirtschaftlichen Seite der europäischen Großraumwirtschaft und der EU-Osterweiterung. Seiner These, dass „längst überholt geglaubte Konzepte“ einer „Großraumordnung unter deutscher Führung“ unter Begriffen wie „konzentrische Kreise“ und „Kerneuropa“ von der aktuellen rotgrünen Außenpolitik ebenso wie von ihrer schwarz-gelben Vorgängerin wieder hervorgeholt werden, ist ebenso zuzustimmen wie seiner ausführlichen Beschreibung und Kritik der spezifisch „völkischen“ deutschen Kontinuität. Lesenswert und materialreich ist auch seine Beschreibung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs des RGW und des Vordringens westlicher Konzerne in diese Region. Auch die neuesten Statistiken beispielsweise der UNCTAD und der WTO weisen diese Region neben China und Südostasien weiter als Hauptzielgebiete imperialistischer Kapitalexperte aus. Die Politik der „verlängerten Werkbänke“ und der damit verbundene Ausbau des „Standort Deutschland“ zum „Systemkopf“ einer großen, durch deutsche Konzerne beherrschten Wirtschaftsregion, werden von dem Autor akribisch und fundiert beschrieben. Auch die Politik der EU zum Thema Arbeitsmigration – Stichwort Freizügigkeit und EU-Osterweiterung – und die Agrarpolitik der EU gegenüber den neuen Mitgliedstaaten im Osten werden ausführlich kritisiert. „Im Zuge einer weiteren Polarisierung der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa sowie der gesamten Weltwirtschaft wird diese Region zur europäischen Periphe-

rie“, lautet sein Urteil (S. 94).

Das mit der Peripherie ist sicher richtig. Aber die EU-Beitrittsstaaten erreichten in den letzten Jahren – nach ihrem tiefen Fall beim Zusammenbruch des RGW – fast durchweg ein höheres Wirtschaftswachstum als der deutsche „Systemkopf“. Mit anderen Worten: Die Peripherie entwickelt sich auch – und offenbar manchmal schneller als das Zentrum eines solchen Großwirtschaftsraums. Welche Entwicklungsprozesse stecken dahinter, vor allem aber: Was folgt daraus für linke Politik? Der Autor scheint das Problem zu ahnen, wenn er davon spricht, die EU-Osterweiterung sei auch „ein Angebot“ der EU an die „neuen Eliten in Osteuropa“. (S. 97) Aber eine weitere Vertiefung des Themas würde sich lohnen.

Dass der Autor zu Beginn die Niederlage Hamburgs im Olympia-Wettbewerb mit Leipzig bedauert und Leipzig als „völkischste Stadt Deutschlands“ kritisiert, sei ihm vor diesem Hintergrund als Ausrutscher ins Hamburger Lokalkolorit verziehen.

Allen drei Aufsätzen gemeinsam ist der positive Bezug aller Autoren auf die Schriften von Reinhard Opitz, insbesondere auf dessen auf der Linken leider immer noch zu wenig beachtetes Werk über „Europastrategien des deutschen Kapitals“. Allein schon deshalb ist der Broschüre eine größere Verbreitung zu wünschen. Das Buch macht neugierig – auch auf weitere, vertiefte Studien. Wann kommt der nächste Band?

rül

Generale im Ruhestand

In der Reihe „Militärgeschichte der DDR“ haben jetzt Oberst Dr. Hans Ehlert und Major Dr. Armin Wagner im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Potsdam, den Band 7 herausgegeben. Die Herausgeber, die gleichzeitig auch als Autoren zeichnen, haben weitere 16 Wissenschaftler zusammengeführt, die über 19 Ex-Generale der früheren Kasernierten Volkspolizei (KVP) und der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR in ausführlichen Porträts vorgestellt haben. Unter ihnen sind auch neun Autoren aus den neuen Bundesländern.

Die Herausgeber analysieren die militärische Spitzenelite der DDR aus struktureller Sicht. Seit der Gründung der KVP bis zum Ende der NVA haben 377 Generale und Admirale in den Streitkräften der DDR gedient. Waren es Anfang 1957 nur 28 Generale, so konnten am 1. März 1975 schon 107 Generale und Admirale gezählt werden. Im Oktober 1986 erhöhte sich deren Zahl sogar auf 218.

Allein von 1948 bis 1958 trugen neun ehemalige Wehrmachtsgenerale die Uniform der KVP/NVA. Außerdem noch weitere 500 Offiziere und 1600 Unterof-

fiziere, die in der Regel in sowjetischer Gefangenschaft von deutschen Emigranten im „Bund Deutscher Offiziere“ bzw. in Lehrgängen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ im antifaschistischen Sinne geschult und umerzogen wurden. Mit Zustimmung der sowjetischen Besatzungsmacht wurden diese Männer beim Aufbau einer neuen Armee dringend gebraucht.

Ehlert/Wagner teilen in ihren Forschungen rasterhaft die Generale und Admirale der KVP/NVA in drei Generationen ein. Die erste wird als Gründergeneration, zugleich die inhomogenste, bezeichnet. In ihr sind antifaschistische Widerstandskämpfer, vor allem Kommunisten, aber auch die o.G. neun ehemaligen Wehrmachtsgenerale vertreten. Unter ihnen der spätere Verteidigungsminister, die Armee generale Heinz Hoffmann und später auch Heinz Keßler.

Die zweite Generalsgruppe wird als mittlere Generalsgeneration oder allgemein als Aufbaugeneration charakterisiert. Zu ihr gehörten auch jene 50 Unteroffiziere der Wehrmacht, die, meist aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft kommend, in der NVA Generalsdienstgrade erreicht haben. Namen wie Horst Stechbarth, Fritz Streletz, Wolfgang Reinhold, Erich Peter, Wilhelm Ehm und andere stehen dafür.

Die dritte Gruppe der NVA-Generale setzt sich aus professionalisierten Militärkadern zusammen. Das waren jene Generale, die wie manche vor ihnen Absolventen der sowjetischen Generalsakademie waren. Dort studierten etwa 150 höhere Offiziere der NVA.

Von den etwa 200 Generalen und Admiralen im aktiven Dienst der NVA, Grenztruppen und der Zivilverteidigung verließen schon vor der Vereinigung die meisten von ihnen, aufgrund „äußeren Druckes, aus Einsicht in die geänderte politische Lage, wegen Wegfalls ihres Tätigkeitsbereiches oder wegen der absehbaren Reduzierung des Offizierskorps“ vorzeitig die Armee (S.14). Schließlich musste Staatssekretär Ablaß am 28. September 1990 nur noch 24 Generalen und Admiralen im Strausberger Ministerium für Abrüstung und Verteidigung die Entlassungsurkunden übergeben.

Das Buch zeichnet sich durch außerordentliche Differenziertheit und sehr viele Fakten zu historischen Ereignissen aus. Es werden die Verantwortlichen und Teilverantwortlichen genannt aber nicht die Schuldfrage einzelner Militärs gestellt. Umgangen wird die Tatsache, das Keßler, Streletz u.a. vor bundesdeutsche Gerichte gestellt und trotz des international gültigen und völkerrechtsverbindlichen Rückwirkungsverbots verurteilt wurden.

Franz-Karl Hitzte

Hans Ehlert und Armin Wagner (Hrsg.): Genosse General! – Die Militärelite der DDR in historischen Skizzen / Ch. Links Verlag, Berlin, 2003, Hardcover, 632 S., ? 29,90, ISBN: 3-86153-312-X

16./17. Januar, Leipzig: 9. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Leipzig

30./31. Januar 2004, Berlin: Europawahlparteitag und VertreterInnenversammlung der PDS zur Aufstellung der Liste für die Europawahlen

31. Januar 2004, Berlin: „Gewerkschaften in der Krise – wie weiter?“ Konferenz der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken. Anreise am Freitag, 30.1.04. Thema bleibt: „Gewerkschaften in der Krise – wie weiter?“ Hauptreferat von Detlef Hensche, ehem. Vorsitzender der IG Medien.

7. Februar 2004, Fulda: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Sitzung des Arbeitsausschusses, Ort: DGB Jugendbildungsstätte, 10.30 Uhr

7. Februar, München: 12 Uhr, Demonstration gegen die NATO-Sicherheitskonferenz. Auftakt: Marienplatz, Abschluss: Tagungsort der NATO-Sicherheitskonferenz (Schlusskundgebung am Lenbachplatz); Infotelefon des Aktionsbündnisses gegen die sog. NATO-Sicherheits-Konferenz 0174-888 96 51, www.no-nato.de, www.attac-muenchen.de, www.muenchen-gegen-krieg.de, www.muenchner-friedensbuendnis.de

29. Februar, Hamburg: Neuwahlen zu Bürgerschaft/Bezirksversammlungen

20. März, weltweit/bundesweit: Internationaler Aktionstag gegen den Krieg, Aufrufer: (u.a.) Europäischer Sozialgipfel in Paris, in Deutschland sind bis jetzt Aktionen in: Ramstein, Protestmarsch "Stillhalten ist tödlich" (<http://www.ippnw.de/ramstein>) zur US Airbase Ramstein, Hamburg, Berlin geplant, Infos über Aktionen in den USA: <http://www.internationalanswer.org/campaigns/m20/index.html>

3./4. April 2004, Fulda: Tagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. 10.30 Uhr, DGB Jugendbildungsstätte

3. April: Europaweiter Aktionstag gegen Sozialabbau. Es ruft auf: Europäischer Gewerkschaftsbund u.a. Auch in Berlin und in anderen Städten werden Demonstrationen stattfinden. Den Aufruf des EGB veröffentlichen wir

in der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte.

10./11. Mai, Bonn: Nationaler Städtebaukongress

15./16. Mai: Kommunalpolitische Konferenz der PDS

23. Mai: Bundespräsidentenwahl

13. Juni: Europawahl; Landtagswahl in Thüringen; Kommunalwahlen in: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen.

27. Juni: Kommunalwahl in Thüringen.

29. Juli bis 1. August: Linke Sommerschule in Sondershausen

5. September: Landtagswahl im Saarland

19. September: Landtagswahl in Brandenburg und Sachsen

26. September: Kommunalwahl in NRW

Holt die Truppen nach Hause: Sofort!

Bring the troops home now!

**Weltweiter Aktionstag am ersten Jahrestag des Beginns des Irakkriegs
GLOBAL DAY OF ACTION on the FIRST ANNIVERSARY of the U.S. BOMBING and INVASION IRAQ**

Im Folgenden dokumentieren wir den Aufruf von A.N.S.W.E.R. (Act Now to Stop War & End Racism), einer im Vorfeld des Irakkriegs gegründeten Protestbewegung, zum 20. März 2004.

**Holt die Truppen nach Hause: sofort!
Schluss mit der kolonialen Besatzung in Irak, Palästina und überall!
Geld für Jobs, Bildung, Gesundheit und Wohnen – nicht für Krieg!**

Am 20. März 2004, dem ersten Jahrestag der Invasion der USA und Großbritanniens im Irak, werden sich Menschen in Städten weltweit der Forderung anschließen: „Macht Schluss mit der Besatzung – Bringt die Truppen nach Hause: JETZT!“ In den USA sind größere Demonstrationen in New York, Los Angeles, San Francisco und vielen anderen Städten geplant. Wir werden am 20. März demonstrieren, um das unbedingte Recht des irakischen Volkes auf Selbstbestimmung zu unterstützen. Seit Beginn der Invasion wurden Zehntausende von Irakern getötet. Tausende von US-amerikanischen und britischen Soldaten wurden getötet oder verwundet. Das irakische Volk widersetzt sich der Besatzung – die Menschen im Irak wollen den Abzug der ihr Land besetzenden Soldaten nicht morgen sondern heute. In wachsender Zahl for-

dern US-Soldaten und ihre Familien, dass die Truppen JETZT nach Hause geholt werden. Diese Soldaten werden einen Krieg eingesetzt, der auf Lügen und Betrug der Bush-Regierung beruht, um zu töten und getötet zu werden. Es gibt nur eine Lösung: Sofort Schluss mit der Besatzung! Wir glauben mit den Worten des National Council of Arab Americans dass, „die Internationalisierung der Besatzung dem Kolonialismus einen propagandistischen Deckmantel verleiht und von der weltweiten Volksbewegung nicht als eine lebensfähige Option hingenommen werden sollte“.

Wir werden am 20. März auch in Solidarität mit dem palästinensischen Volk und ihrem Selbstbestimmungsrecht demonstrieren, einschließlich des Rechts in ihr Heimatland zu zurückkehren. Die Demonstration am 20. März findet nur zehn Tage vor dem Jahrestag des historischen Marsches am 30. März 1976 statt, dem Tag des Landes in Palästina. Am 20. März Freiheit, Rückkehrrecht und Selbstbestimmung für das palästinensische Volk zu fordern, ist eine wesentliche und notwendige politische Forderung, ohne die das Ende der kolonialen Besatzung nicht voll durchgesetzt werden kann. Die US-Invasion und Besetzung des Irak ist voll und ganz Teil eines weitergehenden kolonialen Projekts der US-Regierung, das die Menschen des Mittleren Ostens ins Visier nimmt. Während die Bush-Regierung pro Woche 2 Milliarden Dollar ausgibt, um den Irak zu besetzen, gibt sie täglich 15 Millionen Dollar aus, um den Krieg Israels gegen das palästinensische Volk zu unterstützen.

Wir werden am 20. März demonstrieren, um das „USA Patriot“ – Gesetz über den Haufen zu werfen und mit der Repression gegen die Gemeinden der arabischen US-Amerikaner, Südasiaten, Muslime und Einwanderer Schluss zu machen. Wir werden das Recht auf freie Meinungsäußerung verteidigen und uns dem Krieg, den Präsident Bush und Verteidigungsminister Ashcroft gegen die Grundrechte führen, wider-

setzen.

Wir werden am 20. März demonstrieren, um Geld für Arbeitsplätze, Wohnungen, Gesundheitsversorgung und Erziehung zu fordern, statt für Krieg und Besatzung.

Wir werden am 20. März demonstrieren, um zu fordern, mit den „Dauerkriegs“-Plänen für die Weltherrschaft der Bush-Regierung Schluss zu machen. Wir treten ein für ein Ende der von den USA betriebenen Politik der Intervention, Besatzung und Drohungen gegen Korea, Kolumbien, Afghanistan, Kuba, Iran, Zimbabwe, Venezuela, Syrien, den Philippinen, Haiti und überall in der Welt.

Nur die Volksbewegung bietet Hoffnung, dass eine wirkungsvolle Abwehrfront gegen die Kriegstreiberei der Bush-Regierung aufgebaut werden kann. Während die Demokratische Partei gegen Bush Kandidaten für das Präsidentenamt aufstellt, stimmt sie mit Bush darin überein, die Truppen im Irak beizubehalten und unterstützt fortgesetzte Hilfe an Israel, insofern es gegen das palästinensische Volk Krieg führt. Am 20. April 2002 marschierten 100.000 Menschen in Washington in einer historischen Demonstration unter dem Transparent „Freiheit für Palästina“ Sechs Monate später, am 26. Oktober 2002 demonstrierten Hunderttausende gegen den drohenden Angriffskrieg gegen den Irak. Am 18. Januar, 15./16. Februar, 15. März, 22. März, 12. April und kürzlich am 25. Oktober 2003 gingen mehrere zehn Millionen Menschen weltweit auf die Straße, um zu der Kriegstreiberei der Bush-Regierung nein zu sagen. Das ist ein gewaltiger Kampf, der von der Weltbevölkerung geführt wird, um Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und Frieden zu erringen. Globale Solidarität ist das Herzstück der neuen Massenbewegung, die entstanden ist, um den Kräften des Militarismus und Kolonialismus Zehntausende entgegen zu treten. Der Ausgang dieses Kampfes wird für das Schicksal von Generationen bestimmend sein.

Alle heraus zum 20. März 2004